

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal zzgl. Postgeld. Bestellungen nehmen an alle Postämter, sowie die Expedition, Berlin S. 69, Rottbuhlerdamm 23 I.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro vierpaltige Zeile 60 Pf.,
Stellenangebote 40 Pf.; für
Verbandsmitglieder 40 Pf., Verfam-
lungsanzeigen zc. 20 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 12

Berlin, den 19. März 1910.

26. Jahrgang.

Zum Jubiläum unseres Verbandes.

Aufruf an alle Mitglieder und Zahlstellen-Vorstände.

Werte Kollegen und Kolleginnen!

Am 1. Mai d. J. werden es 25 Jahre, daß unser Verband besteht. Wohl erfolgte seine Gründung bereits auf dem vom 4.—6. April 1885 in Offenbach tagenden Kongress der deutschen Buchbinder und verwandter Berufsangehöriger, allein die eigentliche Tätigkeit des Verbandes begann erst am 1. Mai 1885, welchen Tag wir daher wohl auch als den Jubiläumstag nehmen können.

Es geziemt sich, eines solchen Tages in angemessener Weise zu gedenken, und Anfragen von Vorständen der Zahlstellen beweisen uns, daß man auch in Mitgliederkreisen gleicher Meinung ist. Und wahrlich haben wir alle Veranlassung, uns der Gründung und Tätigkeit unseres Verbandes mit Freuden zu erinnern, denn aus dem Kleinen, losgefügten Verbändchen von 1885, das in 25 Kartell-Vereinen ungefähr 1500—1600 Mitglieder zählte, ist ein großer, straffer Zentral-Verband geworden, der bis zum Schlusse des Jahres 1909 13 686 männliche und 10 228 weibliche, also insgesamt 23 914 Berufsangehörige unter seine Fahnen vereinigt hat. Selbst die letzten Jahre der wirtschaftlichen Krise haben das stetige Wachstum unseres Verbandes nicht aufzuhalten vermocht. Als gute Vorbedeutung für das Jubiläumsjahr mag es auch gelten, daß wir gegenüber dem Jahre 1908 Ende 1909 727 männliche und 870 weibliche, also 1597 Mitglieder mehr zählen konnten. Alle Anzeichen sprechen für ein mindestens so starkes Wachstum des Verbandes im Jubiläumsjahr, wenn alle Mitglieder ihre Pflicht zur Werbung neuer und zur Festigung gewonnener Mitglieder erfüllen. Dazu und zur Anspornung der Mitglieder bietet das Jubiläum unseres Verbandes die beste Gelegenheit.

Wir ersuchen daher alle Zahlstellen-Vorstände, für den 1. Mai oder wenn für diesen Tag kein geeignetes Lokal zu haben sein sollte, am 30. April entweder

Versammlungen oder Kommerse

zu arrangieren und fordern die Mitglieder auf, recht zahlreich daran teilzunehmen.

Entschließt man sich zu einer Versammlung, so würde wohl das Thema am passendsten sein: „Der Buchbinder-Verband und sein 25jähriges Wirken.“ Das Material zu einem solchen Vortrag würden die betreffenden Referenten aus der Festnummer der Buchbinder-Zeitung, dem Handbuch, den Jahresberichten und, soweit die Vorgeschichte des Verbandes in Betracht kommt, auch aus den bis dahin erschienenen ersten Bänden der „Geschichte der Buchbinderbewegung und des deutschen Buchbinder-Verbandes“ entnehmen können.

Das gilt auch für die Redner, welche auf den etwaigen Kommerse die Festrede halten würden. Der Vorstand braucht also keine Referenten und Festredner zu stellen, sondern dieselben können aus den Zahlstellen entnommen werden.

Ein Kommerse dürfte wohl in würdiger Weise der Bedeutung des Tages dadurch gerecht werden, wenn er durch eine Festrede, dem Charakter des Festes angepaßte Rezitation und Gesänge ausgefüllt würde, ohne daß der sonst übliche Tanz folgte.

Das wären so ungefähr die Richtlinien, nach welchen das Jubiläum in möglichst einheitlicher und zweckentsprechender Weise begangen werden könnte. Wir hoffen, daß unsere Anregung dazu beiträgt, die werten Mitglieder und Zahlstellen-Vorstände zu veranlassen, recht eifrig im vorgedachten Sinne zu handeln.

Ueber die Versammlungen bezw. die sonstigen Veranstaltungen wolle man einen gedrängten Bericht bis spätestens zum 6. Mai an die Redaktion der Buchbinder-Zeitung einsenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Wie schon in früheren Jahren geschehen, so hat der Verbandsvorstand auch jetzt den Beschluß gefaßt, mit einigen Ausnahmen alle über zwei Jahre zurückliegenden **Ausschlüsse früherer Mitglieder** aufzuheben.

Als ausgeschlossen sind in den Verzeichnissen noch weiterzuführen:

Daepfeler, Gustav, aus Wärenlos, frühere Buch-Nr. 213. Dexter, Josef, aus Straubing, frühere Buch-Nr. 44 171. Wüstner, Max, aus Erlangen, frühere Buch-Nr. 31 089 und die nach dem 1. Januar 1908 ausgeschlossenen ehemaligen Mitglieder. Alle anderen Ausschüsse sind aufgehoben.

Zur Berichtigung der Verzeichnisse der Ausgeschlossenen werden wir den Gau- und Zahlstellenverwaltungen ein namentliches Verzeichnis der noch als ausgeschlossen geltenden demnächst zugehen lassen.

2. Eine **Erhöhung des Lokalbeitrages** von 5 auf 10 Pf. per Woche ist der **Zahlstelle Bielefeld** genehmigt. Die Erhebung des erhöhten Lokalbeitrages erfolgt vom 1. April d. J. ab.

3. Damit den mit der Kassenführung betrauten Bevollmächtigten der Zahlstellen und Gauen ermöglicht wird, die **Abrechnung für das erste Quartal** pünktlich mit dem 2. April abzuschließen, richten wir an alle diejenigen Mitglieder, die mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, das dringende Ersuchen, sie bis spätestens zu oben genanntem Datum begleichen zu wollen.

Die Bevollmächtigten sind gehalten, solche Mitglieder, die über die statutarisch zulässige Zeit hinaus restieren, aus dem Verzeichnis der Mitglieder zu streichen, d. h. auszuschließen. Mit dem Ausschluß erlöschen alle Rechte.

4. Um **Irrethümer im Kleben der Beitragsmarken** zu vermeiden, wollen die Mitglieder beachten, daß für die Woche vom 20. bis 26. März das mit Ziffer 12 bezeichnete Beitragsfeld im Mitgliedsbuch oder der Mitgliedskarte zu bekleben ist. Der Beitrag ist nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

5. Die **Erneuerung der Mitgliedsbücher** unter Nr. 60 000 ist mit dem 12. März abgeschlossen worden. Etwa noch ausstehende Bücher verlieren ihre Gültigkeit, sofern sie nicht innerhalb zwei Wochen zum Zwecke der Verlängerung ihrer Gültigkeitsdauer an uns eingeliefert werden. Nicht betroffen werden hiervon diejenigen Mitgliedsbücher, die als Ersatz für eine Mitgliedskarte oder als zweite bezw. dritte Bücher vom Verbandsvorstand ausgestellt sind.

6. Der **Kollege Alfred Hacker** aus Kolomea (Karten-No. 88 197) wird hierdurch aufgefordert, seine Mitgliedskarte zur Kontrolle an den Unterzeichneten einzusenden. Die Bevollmächtigten werden ersucht, auf Erfüllung dieser Aufforderung zu achten und eventuell die Karte anzuhalten und mit Adressenangabe hierher einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

Zum Verbandstag.

Jugendorganisation.

Den Abschluß unserer Heberficht über die Aufgaben des Erfurter Verbandstages sollen die vorliegenden Ausführungen über die Jugendorganisation bilden. Gewiß haben der Erlebigung durch den Verbandstag noch weitere wichtige Aufgaben, aber mit den an dieser Stelle kurz skizzierten werden die wesentlichsten und vor allem die, die in vollster Öffentlichkeit diskutiert werden können, gestreift sein. Ueber Lohnbewegungen, Taktik bei solchen, und über ähnliche Punkte eine große Debatte anzuführen, ist naturgemäß nicht angängig. Da wird im stillen Kämmerlein der geschlossenen Verhandlung — wenn überhaupt für notwendig befunden — gesprochen werden. Aber auch die eingehende Diskussion wird noch weitere Punkte bringen, die aus den Reihen der Mitglieder heraus kommen, und der kommende Verbandstag wird schon sein Teil Arbeit leisten müssen.

Die Jugendorganisation hat in Deutschland in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen. Aus dem Ausland entstammend, hat sich die deutsche Arbeiterschaft erst recht diesem Gebiet zugewandt und Länder mit zum Teil weniger geschulten Gewerkschaften sind ihr da vorangegangen. Erst auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress hat sich die oberste Gewerkschaftsinstanz mit der inwischen für viele Organisationen brennend gewordenen Frage beschäftigt. Der Gewerk-

schäftskongress stellte sich nach einem eindrucksvollen Referate Robert Schmidts auf den Standpunkt, daß die Förderung der Bildungsbestrebungen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen als eine überaus wichtige Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse anerkannt werden müsse. Vor allem ist die Einführung der jungen Leute in den gewerkschaftlichen und weiterhin in den politischen Gedankenkreis zu pflegen und die Betätigung in Gewerkschafts- und Parteiarbeit anzuregen. Nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses soll diese Aufgabe zu bewältigen gesucht werden durch die Veranstaltung von Vorträgen, die der Erkenntnis der jugendlichen Personen angepaßt sein müssen, d. h. der Stoff zu den Vorträgen muß den belehrenden Gebieten der Naturwissenschaft und Gesundheitspflege, der geschichtlichen und technischen Entwicklung der Arbeit, der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit entnommen werden. Außerdem aber soll auch für Spiel und Sport und sonstige Unterhaltung und Geselligkeit Sorge getragen werden. Der Gewerkschaftskongress hielt, um die Ausbildung der Jugend in dem erwähnten Sinne vollziehen zu können, um gute, tüchtige, Massenbewußte Kämpfer heranzubilden, besondere Jugendorganisationen nicht für notwendig, sondern er erklärte die Ausbildung der jugendlichen Personen als Sache der einzelnen Gewerkschaften selbst. Damit ist denselben — natürlich immer im Rahmen der Hamburger Beschlüsse — freie Hand gelassen, wie und in welcher Art sie die Agitation unter den jungen Leuten des Berufs zu vollziehen denken, spielen doch die Eigenarten der einzelnen Berufszweige dabei eine erhebliche Rolle. Die Transportarbeiter, die Fabrikarbeiter und noch andere Organisationen sind teilweise direkt gezwungen, die jugendlichen Arbeiter zu organisieren, wenn sie einen Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen ausüben wollen. Doch soweit brauchen wir im Buchbinderverband Organisierten gar nicht zu gehen. Schen wir uns z. B. nur die Betriebe der Kartonnagenindustrie an, dann finden wir einen großen Prozentsatz der in ihnen tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die als Jugendlige bezeichnet werden müssen. Im Durchschnitt sind es 20 Proz. — nach den im Oktober 1906 erfolgten statistischen Ergebnissen über die Lage der Kartonnagenarbeiter —, die zu den Jugendligen zu rechnen sind. Nach der Betriebszählung von 1907 ist der Prozentjah noch um etwas höher. Solch hohe Anteilziffern aber drängen darauf hin, die jungen Leute mit den gewerkschaftlichen Organisationen und deren Bestrebungen bekannt zu machen, damit sie mit zunehmendem Alter auch mit immerer Reife, mit Standes- und Klassenbewußtsein durchdrungen, sich in allen Lebenslagen ihren Arbeitsbrüdern und -Schwestern anschließen.

Die Frage der Organisierung der Jugendligen — mit Ausnahme der Lehrlinge — ist bei uns ja zum Teil schon gelöst dadurch, daß — soweit weibliche Jugendlige in Frage kommen — diese in der untersten Beitragsklasse steuernde Mitglieder unseres Verbandes werden können. Aber auch den männlichen Jugendligen gegenüber hat der Nürnberger Verbandstag bei der Schaffung der Staffelleistungsbeiträge ein Entgegenkommen bewiesen dadurch, daß er den gering Entlohnenden den Beitrag in zweiter Klasse zu entrichten gestattete. Hierunter fallen ohne weiteres auch die Lehrlinge, und so haben wir — wenn auch nur vereinzelt — schon jetzt ältere Lehrlinge als zahlende Mitglieder in der Organisation.

Nun liegen aber auch heute schon Anträge vor, die eine andere Regelung der Angelegenheit bezwecken. So hat neben anderen der im Vorjahr in Mathenow stattgefundene Gantag des Gau I folgenden Antrag angenommen: „Der Verbandsvorstand ist aufzufordern, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage betr. Aufnahme von Lehrlingen und jugendlichen Arbeitern zu unterbreiten, in welcher unter Zugrundelegung eines 10—15 Pf.-Wochenbeitrages die Forderung der „Arbeiterjugend“ und Leistung der entsprechenden statistischen Unterstützungsätze vorgesehen ist.“ Dieser Antrag bezweckt nichts anderes, als die Bildung besonderer Jugendsektionen in die Wege zu leiten. Da entsteht für uns die Frage: Ist die Bildung von solchen separaten Jugendabteilungen nützlich und notwendig und vor allem auch möglich? Für

eine ganze Reihe von Zahlstellen wird man das letzte benennen müssen aus dem Grunde, weil die Anzahl der vorhandenen Jugendligen zu gering ist, um für dieselbe besondere Veranstaltungen zu arrangieren. Für einen weiteren Teil muß die Frage darum verneint werden, weil in vielen Orten die auf Grund der Hamburger Beschlüsse gebildeten Jugendauschüsse bestehen, die eine geradezu ausgezeichnete Tätigkeit entfaltet haben, von denen auch die jugendlichen Personen unseres Berufes Nutzen ziehen. Man muß eben beachten, daß es sich bei der Frage der Jugendorganisation nicht nur um die Gewinnung der Jugendligen handelt, damit diese organisiert sind, sondern vor allem darum, diese Jugendligen zu belehren und zu bilden, damit sie im Wirtschaftskampfe stark und fest dastehen, wenn sie als erwachsene Menschen mit Leidenschaft in den Strudel der aufeinanderprallenden Gegensätze gerissen werden.

Damit ist die Frage nach der Nützlichkeit und der Notwendigkeit besonderer Jugendabteilungen erledigt für alle die Orte, die unter die vorstehend bezeichneten fallen. Und der übrigen werden es nicht mehr so viele sein, daß zur Bildung von besonderen Jugendsektionen geschritten werden müßte. Erklärten sich doch bei einer im Vorjahre erfolgten Umfrage nur vier unserer Verwaltungsstellen für eine eigene Jugendorganisation unseres Verbandes, und zwar waren dies der Gau I (Berlin) und die Zahlstellen Berlin, Halle, Halberstadt und Mannheim-Ludwigshafen. Gegen eine eigene Jugendorganisation erklärten sich neun Verwaltungsstellen, und zwar Leipzig, Stuttgart, Hannover, Zeitz, Mosta, Braunschweig, Gera, Kaufbeuren und Heilbronn. Eine Reihe weiterer Verwaltungsteile mit, daß sie in den bestehenden Jugendauschüssen mit tätig sind und die Zuanpruchnahme derselben durch die jugendlichen Personen unseres Berufes nur gutheißen könnten.

Bei der Würdigung aller Umstände scheint es am besten zu sein, wenn die Jugendligen unseres Berufes die notwendige Aufklärung und die Förderung ihrer Bildungsbestrebungen dadurch erhalten, daß unsere Mitglieder sie unablässig auf die Veranstaltungen der örtlichen Jugendauschüsse aufmerksam machen und sie zu veranlassen suchen, denselben beizuwohnen. Dort wird ihnen all das geboten, was der Hamburger Gewerkschaftskongress für gut befand. Wenn dabei naturgemäß die rein beruflichen Fragen zu kurz kommen, so ist dem durch Veranstaltung gelegentlicher Vorträge über das Fachgewerbe, wo fachgewerbliche Unterrichtskurse eingerichtet werden können, durch solche abgeholfen. Die fachtechnische Seite ist es, die sich unsere Mitglieder angeeignen lassen müssen überall da, wo die sonstige Aufklärungsarbeit durch die örtlichen, von den Gewerkschaftskartellen und Vertretern der Partei gebildeten Kommissionen geleistet wird. Die Anteilnahme an den Veranstaltungen dieser Kommission sollte für die Jugendligen möglichst ohne Kosten geschehen können und, soweit dies nicht möglich ist, sollte der Verbandstag dem Verbandsvorstand Anweisung geben, zu dem genannten Zwecke den einzelnen Zahlstellen finanzielle Zuschüsse zu gewähren. Der Verbandstag kann aber noch einen Schritt weiter gehen und beschließen, daß alle jugendlichen Personen unter 16 Jahren sowie die Lehrlinge Mitglied unserer Organisation werden und in der ersten Beitragsklasse steuern können und daß mit Eintritt in das 17. Lebensjahr für die jugendlichen männlichen Arbeiter ein Uebertritt in die zweite Beitragsklasse auf Grund der Bestimmungen des Statuts notwendig ist. Zur Teilnahme an den Veranstaltungen zur Erziehung und Belehrung der Jugend darf keinesfalls die Mitgliedschaft zur Organisation Bedingung sein.

Wenn der Verbandstag in diesem Sinne seine Beschlüsse faßt, dann können wir mit gutem Gewissen sagen, daß wir alles getan haben, um die Erziehung und Belehrung der Jugend unseres Berufes in die rechten Wege zu leiten. Die organisierten Arbeiter aber werden die ständig mit ihnen zusammenarbeitenden Jugendligen nach allen Seiten hin mit guten und besten Beispielen vorangehen, Aufklärung unter ihnen verbreiten und sie auf gute und nützliche Einrichtungen aufmerksam machen. Dies alles tut dringend not, denn:

Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft!

Ein praktisches Agitationsmittel.

Im Leitartikel in Nummer 9 unserer Zeitung wurde in bezug auf die Arbeiten des kommenden Verbandstages gesagt, daß zu denselben in erster Linie mit gehören müssen, Mittel und Wege zu suchen und zu finden, wie die Agitation erfolgreicher als bisher zu gestalten sei. Es gibt ja allbewährte Mittel, wie die Flugblattverbreitung und die Haus- und Werkstattbenutzung, welche ja stets unentbehrlich sein werden. Trotzdem kann man auch einmal andere Mittel anwenden, welche auch von hoher Bedeutung für die Agitation sind und sich praktisch gut verwerten lassen. Als ein solches Mittel möchte ich hier die Anschaffung eines eigenen Verbandskalenders empfehlen, wie ihn mehrere Gewerkschaften bereits seit Jahren eingeführt haben. In der letzten Mitgliederversammlung der Zahlstelle Hamburg-Altona vom 15. Februar wurde auch von mehreren Kollegen die Anschaffung eines solchen Kalenders gefordert. Es wurde dann auch vom Bezirksleiter Küster darauf hingewiesen, daß der letzte Verbandstag bereits die Frage behandelt habe und auch der nächste Verbandstag müsse sich unbedingt damit beschäftigen. Ich kann mich dem nur anschließen und möchte hoffen und wünschen, daß der nächste Verbandstag die Einführung eines eigenen Verbandskalenders beschließen möge. Es wäre endlich Zeit, daß auch der Verband der Buchbinder zu der Einsicht kommt, zu der andere Gewerkschaften schon längst gekommen sind, daß ein Verbandskalender ein Gebot der Notwendigkeit ist. Die Verbreitung eines solchen Kalenders hauptsächlich unter unorganisierten Kollegen würde unserer Sache sehr nützlich sein und unsern Verband gewiß neue Mitglieder zuführen. Der Kalender würde sich alsdann auch in jeder Hinsicht bezahlt machen, da die Einnahmen die Ausgaben wieder decken und wäre somit nicht bloß ein praktisches Nachschlagebuch für jeden Kollegen, sondern auch ein gutes Agitationsmittel, indem die indifferenten, uns noch fernstehenden Kollegen manches Wissenswerte daraus schöpfen könnten, indem doch ein Notkalender nicht einfach beiseite gelegt wird wie ein Flugblatt. Er müßte selbstverständlich so ausgestaltet werden, daß er nach allen Seiten hin seinen Zweck erfüllen würde. Neben gewerkschaftlichem und politischem Inhalt müßte er auch wissenschaftliche und vor allem fachtechnische Artikel bringen. Auch die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes müßten darin enthalten sein, damit die unorganisierten Kollegen sehen, was ihnen vom Verband geboten wird. Es fänden sich dann auch wohl genügend befähigte Kollegen, welche mit ihrem Wissen und Können dazu beitragen würden, den Kalender möglichst inhaltsreich zu gestalten. Da wir auch viele weibliche Mitglieder und Berufsangehörige haben, so müßte selbstverständlich auch an diese gedacht werden. Der Verbandskalender würde dann zum unentbehrlichen Ratgeber für jeden Kollegen werden und wäre er der Agitation dienlicher wie manche Broschüre, welche bloß Geld kostet und vielleicht nichts einbringt.

Bei der Firma Friedrich Meyer in Hamburg-Silber werden nicht weniger als drei Verbandskalender gedruckt und gebunden, und zwar für den Maler-, Schmiede-, und Seemannsverband. Die beiden ersten kosten 50 Pf. pro Stück und der letzte, welcher auch bedeutend stärker ist, 60 Pf. Also ein Preis, für den fast jeder Kollege sich einen Notkalender leisten kann. Sollten wir es auch so weit bringen, dann würden sich wohl wenige Buchbindergehilfen mehr finden, welche sich den Leoschen Kalender schicken lassen, der doch bedeutend teurer ist. Der Malerkalender erschien im Jahre 1909 in einer Auflage von 10 000 Exemplaren; also eine schöne Zahl bei circa 39 000 Mitgliedern. Noch besser stand der Seemannskalender da, welcher in einer Auflage von 6000 Exemplaren erschien, bei nur 7500 Mitgliedern. Der Schmiedekalender erschien auch in 6—7000 Exemplaren bei 15 000 Mitgliedern. Eine Auflage von 5—6000 könnten wir bei unsern 23 000 Mitgliedern wohl riskieren und ich bin der festen Ueberzeugung, die Auflage würde sich bei guter Verbreitung als zu klein erweisen.

Hauptsächlich müßte der Kalender auch an unorganisierte Kollegen zu denselben Preisen verkauft werden wie für Verbandskollegen, wenigstens nicht viel höher. Er würde sicher dem Verband nicht zum Schaden sein und wenn er an Ausführung in bezug auf Inhalt und Einband den drei oben genannten gleichtame, der Verbandsleitung zur Ehre gereichen.

Vielleicht nehmen die übrigen Zahlstellen auch Stellung dazu, damit die Sache bis zum kommenden Verbandstag soweit geklärt ist, daß die Delegierten der Anschaffung eines so wichtigen Agitationsmittels, wie der Verbandskalender es ist, zustimmen können, damit die Buchbinder auch in dieser Beziehung nicht mehr hinter anderen Gewerkschaften zurückbleiben.

Hamburg.

S. Wesper.

Die Berliner Buchdruckereibesitzer auf verbotenen Wegen.

Die gewerkschaftlichen Organisationen haben alles aufzubieten, nicht nur in günstigen Zeiten den Bedürfnissen entsprechend die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder zu verbessern, sie haben auch mit Argusaugen darüber zu wachen, daß die Arbeiter solcher Erzeugnisse froh werden können, daß nicht das Unternehmertum mit seinem Streben, der steigenden Tendenz der Lebenshaltung der Arbeiter Einhalt zu bieten, irgendwie Erfolge erzielt. Nach Lage der Sache kann es ja nun nicht ausbleiben, daß in besonders ungünstigen Zeitläufen das Unternehmertum der Anstrengungen der Gewerkschaften spotten kann. Alle Mühe, das einmal Erzwungene zu halten, ist dann auch umsonst, wenn die Arbeiter selber nicht den notwendigen Nachdruck hinter die Abwehrmaßnahmen der Organisationen setzen. Guten, starken und gefestigten Organisationen wird es immer leicht sein, für die Einhaltung getroffener Abmachungen einzutreten und solche zu erzwingen. Solchen Organisationen aber wie auch das Unternehmertum vorsichtiger entgegenzutreten und vermeiden, die in ihnen ruhenden Kräfte dann zu wecken, wenn ihnen ein Erfolg ihres Vorgehens nicht ganz sicher erscheint. Es wird, gezwungen oder nicht, sich oftmals nur recht ungestüm geben, in Wirklichkeit aber keinem ein Haar krümmen. Wo dies der Fall ist, da ist auch meistens die Unternehmerorganisation selbst noch recht schwach, denn im ganzen betrachtet, liegt es nicht im Wesen derselben, sich als brüllender Löwe zu geben, um in Wirklichkeit ein unschuldiges Lamm zu sein, daß niemanden ein Wasserchen trüben kann. Das zeigt sich neben anderem auch dadurch, daß selbst bei aufsteigender Konjunktur von den Unternehmern Versuche unternommen werden, die Lebenshaltung der Arbeiter zu verschlechtern.

Ein solcher Versuch ist von einem Teil des für uns in Frage kommenden Unternehmertums in Aussicht genommen. Und zwar handelt es sich um eine Unternehmerruppe, die gut fundiert und als ernsthafter Gegner wohl zu würdigen ist. Der bekannte günstige Wind, der schon so oft als getreuer Helfershelfer für die Bestrebungen der Arbeiter sich erweist, hat uns die Nummer 16 der „Mitteilungen des Vereins Berliner Buchdruckereibesitzer“, die sonst nur als vertraulich und zum persönlichen Gebrauch bestimmt sind, auf den Tisch geweht. In diesen „Mitteilungen“ heißt es unter anderem, daß in der ordentlichen Hauptversammlung, die am 24. Januar dieses Jahres im Berliner Papierhause stattfand, eine längere Aussprache durch die am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene Bestimmung, nach welcher weibliche Personen an den Vorabenden von Sonn- und Feiertagen nicht länger als acht Stunden beschäftigt werden dürfen, und die Arbeit um 5 Uhr beendet sein muß, herbeigeführt wurde. Es heißt weiter: „Nachdem mit den Buchdruckern eine Einigung über das notwendige Vorarbeiten herbeigeführt worden ist, machen jetzt die Buchbinder in einigen Betrieben Schwierigkeiten. Um diese zu heben, wird vorge schlagen, für die Buchbinder anstatt des Wochenlohnes einen Stundenlohn einzuführen. Außerdem wurden die Herren Balz und Moriz beauftragt, mit dem Verein der Buchbinderbesitzer in Fühlung zwecks Abschluß eines Vertrages zu treten.“

Dieser Beschluß, der eine Verschlechterung der bestehenden Zustände für einen großen Teil unserer Mitglieder bedeutet, wurde am 24. Januar gefaßt und am 18. Februar in den erwähnten „Mitteilungen“ veröffentlicht. Soviel uns mitgeteilt wurde, ist bis jetzt noch nicht der Versuch gemacht worden, ihn in die Praxis umzusetzen. Unsere Mitglieder würden einem solchen Versuch auch ganz entschieden entgegengetreten und sie finden darin einen guten Hintertup in ihrer Gewerkschaft. Außerdem ist die gute Organisation in den Berliner Buchdruckereien beachtenswert. Am Jahresabschluss von 1909 waren laut Jahresbericht der Zahlstelle Berlin in den Berliner Buchdruckereien von den beschäftigten 278 männlichen und 762 weiblichen Berufsangehörigen 256 männliche und 655 weibliche organisiert. Diese gute Organisation ist bei den sich notwendig machenden Abwehrmaßnahmen von besonderem Vorteil. Unsere

Mitglieder aber werden aufgefordert, falls ihnen die in obigem Beschluß niedergelegte Verschlechterung der bestehenden Zustände zugemutet werden sollte, auf diese nicht einzugehen, sondern sofort die Verhandlung zu unterbrechen, damit diese Versuche wirksam bekämpft werden. Unser Verband hat nicht die Absicht, Erzwungenen Kampfslos preiszugeben. Wenn vielleicht, — nachdem schon eine Reihe von Wochen seit der Beschlußfassung verstrichen ist — angenommen werden kann, daß es lediglich beim Beschluß bleiben könnte, da ernsthafte Versuche, diesen in die Praxis umzusetzen, bisher noch nicht erfolgten, dann kann und darf uns das nicht von unserer Wachsamkeit abhalten. Das einmal Erzwungene hält die Organisation fest und keins unserer Mitglieder wird die Verschlechterung seiner Position stillschweigend akzeptieren. Jeder Versuch dazu wird uns in Kampfstellung bringen. Der Weg, den die Berliner Buchdruckereibesitzer da einschlagen wollen, um „Schwierigkeiten“ zu beseitigen, ist ein verbotener, der keineswegs an das gewünschte Ziel führt. Im Gegenteil, der „Schwierigkeiten“ werden es dadurch nur immer mehr werden. An unsern Mitgliedern liegt es jetzt, streng aufzumerken auf die Vorgänge im Unternehmertum, um die bezeichneten Verschlechterungsversuche zu vereiteln.

Darum, Kollegen und Kolleginnen, seid auf der Hut!

Bedeutung und Wertschätzung der Industrie und Landwirtschaft in Preußen.

× Die gegenwärtige Wahlrechtsbewegung in Preußen wirbelt eine Menge von Fragen auf, die mit der Repräsentation des preussischen Volkes in engstem Zusammenhange stehen. Eine der wichtigsten davon ist das Verhältnis zwischen Stadt und Land in ihren Beziehungen zur Volksvertretung. Sie kommt vor allem zum Ausdruck in der Wahlkreiserteilung, die von den herrschenden Parteien einschließlich der Regierung mit allen Mitteln künstlich aufrechterhalten wird. Diese Wahlkreiseinteilung stammt aus dem Jahre 1858. Schon damals war sie auf eine Begünstigung des platten Landes zugeschnitten, das der Regierung als die geeignetste Stütze für ihre Zwecke erschien und auch heute noch erscheint. Damals war Preußen aber weit überwiegend noch ein Agrarstaat; die größere Hälfte seiner Bevölkerung zog ihren Erwerb noch aus der Landwirtschaft und sieben Zehntel derselben wohnten auf dem Lande.

Dieses Verhältnis hat sich seitdem von Grund aus geändert. Industrie, Handel und Verkehr sind in Preußen gewaltig emporgewachsen und haben die Landwirtschaft zurückgedrängt. Die Mehrzahl der Bevölkerung ist heute mit ihrem Erwerb an die Städte gebunden und wohnt teils in Städten, teils in den nächsten Umgebungen von Stadtgemeinden. Und der Bevölkerungsüberschiebung entspricht völlig die Bedeutung der Städte als Steuerquellen des Staates. Den weitaus überwiegenden Teil seiner Steuereinkünfte zieht Preußen aus den Städten, während die Steuerkraft des Landes von Jahr zu Jahr in ihrer Bedeutung zurückgeht. Gleichwohl weigern sich Regierung und die Mehrheitsparteien des Landtags, den Städten eine ihrer wirklichen Bedeutung entsprechende Repräsentation im Abgeordnetenhause zuzuerkennen.

Von 37,9 Millionen der Gesamtbevölkerung Preußens fanden nach der Berufs- und Gewerbe-zählung 1907 nur 10,8 Millionen einschließlich Dienende und Angehörige oder 28,59 Proz. ihren Erwerb in der Landwirtschaft, dagegen 21,2 Millionen gleich 55,93 Proz. in Industrie, Bergbau, Handel und Verkehr und 5,8 Millionen gleich 15,48 Proz. in privaten und öffentlichen Diensten sowie sonstigen Berufen. Doppelt so stark mißt die Verteilung von Industrie und Handel sein, als die der Landwirtschaft, wenn es noch Gerechtigkeit in Preußen gäbe.

Nach der Bevölkerungsstatistik 1905 wohnten 16,8 Millionen oder 45,22 Proz. in Städten, 13,5 Millionen oder 49,31 Proz. in Landgemeinden und nur 2,0 Millionen oder 5,44 Proz. in Gutsbezirken. Daß hier die Landgemeinden noch so stark hervor-treten, erklärt sich aus dem Wohnen der industriellen Arbeiterbevölkerung auf dem Lande. Die dichtbesiedelten Landgemeinden sind Industriestädte oder Vorstädte von solchen, deren Verstädtlichung der Wertschätzung der Regierung im Wege steht. Nur in ganz außerordentlichen Fällen und zögernd gibt die Regierung zu städtischen Einverleibungen von Landgemeinden ihre Zustimmung und noch seltener werden solchen Mißempfehlungen

die Stadtrechte verliehen. So erhoben im preussischen Abgeordnetenhaus am 7. März d. J. die Kon-servativen wütenden Einspruch gegen die Erweiterung des Stadtkreises Frankfurt a. M., lediglich aus politischen Gründen, weil diese Stadt ein geheimes Kommunalwahlrecht habe und weil deren Gemeindevertretung sich auf Seiten der Straßendemonstranten in der Wahlrechtsbewegung gestellt habe. Rechnet man also die Vorortsgemeinden zu den Städten, so ist die weitaus größere Hälfte der Einwohner Preußens Stadtbewohner.

Nach der preussischen Einkommensteuerstatistik für 1909 war das Ergebnis der Steuerveranlagung:

	Höchstliche Zensiten		Niedrigste Zensiten	
	Städte	Land	Städte	Land
	Mil. M.	Mil. M.	Mil. M.	Mil. M.
Veranlagt . .	187,64	63,87	27,19	5,87
Erhoben . . .	209,90	69,90	39,29	7,77

Die Städte brachten demnach an Einkommensteuer 249,19 Millionen Mark (76,2 Proz.), das Land nur 77,87 Millionen Mark (23,8 Proz.) auf. Nach diesem Ergebnis käme den Städten eine dreimal stärkere Vertretung zu als dem Lande, denn in Preußen soll ja die Steuerleistung ausschlaggebend sein für die Zuzählung der staatsbürgerlichen Rechte. Merkwürdigerweise kommt dieser Grundsatz erst bei der Klassenteilung zur Anwendung, nachdem man schon durch die Wahlkreiseinteilung ein privilegiertes Reich von Landkreisen und ein untergeordnetes Reich der Stadtkreise einrichtet. Daß die übrigen Steuerleistungen des Landes diejenigen der Städte nicht übersteigen, zeigt uns ein Blick auf die zur Ergänzungsteuer herangezogenen Vermögen, deren Durchschnittsbetrag pro Kopf der Zensiten im Jahre 1908 in den Städten 80 200, auf dem Lande nur 42 900 M. erreichte.

Aus alledem ergibt sich, daß nicht die Landwirtschaft und das platte Land, sondern Industrie, Handel und Verkehr und die Städte der breite Sockel sind, auf dem Preußens Staatsmacht beruht. Die letzteren sind auch die wirklichen Träger der fortschreitenden Kultur, die ein Kulturitaat fördern und begünstigen muß, während die Landwirtschaft und das flache Land längst an staatlicher Bedeutung hinter jene zurückgetreten sind. Die Landbevölkerung wäre längst in größerem Umfange aufgekommen, wenn die Reichsregierung nicht die Städte durch eine Schutz- und Landwirtschaftspolitik dem Lande tributpflichtig gemacht hätte. Ungefähr 15 Millionen sind seit drei Jahrzehnten aus städtischen Taschen in die Beutel der ländlichen Grundbesitzer gewandert. So ist die Landwirtschaft aus einem Nährer zu einem Zehrer der gefundenen Volkskraft geworden, der seine durch künstliche Mittel erzogene Position nun dauernd aufrecht erhalten möchte. Daher die politische Unterdrückung der Städte und ihrer Bevölkerung mittels der längst veralteten Wahlkreiseinteilung, die die Vorherrschaft der rückständigsten Kreise stützt.

Sehen wir uns nun die preussische Wahlstatistik ein wenig näher an. Von je 100 städtischen Urwählern wählten konservativ oder freikonservativ 9,57, zentrumlich 16,09 und antisemitisch oder landbündlerisch 0,22. Die Gegner der Wahlrechtsreform erhielten aus städtischen Urwählern also nur 25,88 Proz. städtischer Stimmen. Dagegen stimmten von je 100 städtischen Urwählern für Sozialdemokraten 34,33, für Freisinnige 7,25, für Nationalliberale 14,58 und für Polen und Dänen 3,20. Den Parteien der Wahlrechtsreform fielen hier also 59,31 Proz. städtischer Stimmen zu, während der Rest (14,81 Proz.) sich auf sonstige, unbestimmte oder unbekanntere Parteien verteilt. Die städtische Bevölkerung jubelt dem politischen Fortschritt; selbst im Zeichen der öffentlichen Abstimmung wählten nahezu drei Fünftel städtischer Urwähler Parteien der Wahlreform und ein Drittel die Partei des Reichstagswahlrechts.

Anderes wählte das Land! Hier fielen den Konservativen und Freikonservativen von 100 ländlichen Urwählerstimmen 25,56, dem Zentrum 24,68 und den Antisemiten und Landbündlern 1,86, den Wahlrechtsfeinden insgesamt also 52,30 Proz. zu, während die Wahlreformparteien zusammen nur 39,31 Proz. erhielten. (Sozialdemokratie 10,84, Freisinnige 1,76, Nationalliberale 10,43 und Polen und Dänen 16,28.) Das platte Land ist noch immer das Paradies der Reaktionäre; es wählt überwiegend konservativ und ultramontan. Deshalb lassen diese beiden Parteigruppen, die sich zur gemeinsamen Verhandlung der Wahlreformvorlage in der Kommission zusammengefunden haben, an der Vorzugsstellung des Landes gegenüber den Städten nicht rütteln.

Wie diese Wahlkreiseinteilung auf die Wahl der Abgeordneten einwirkt, zeigt folgende Gegenüberstellung. Es erhielten bei der Wahl 1908 an Stimmen und Abgeordneten:

Gegner	Anhänger	
	der Wahlreform	
	Unabhängige Wähler in Proz.	Wahlvereine in Proz.
Konfervative	14,15	34,31
Freisonverb.	2,54	13,54
Zentrum	19,91	23,47
Antifeministen	0,96	—
Bund d. Landwirte	0,60	—
Zusammen	37,56	71,32

Zusammen 50,41 27,75
 Außerdem wurden 4 Abgeordnete (0,90 Proz.) gewählt, die zu keiner Partei gehören.

Dank dieser Wahlkreiseinteilung haben die Parteien der Wahlrechtsreform für 50,41 Proz. der Urwählerstimmen nur 27,75 Proz. der Abgeordneten erhalten, wobei die Sozialdemokratie die hauptsächlichste Verlustträgerin ist, während die Wahlreformgegner für 37,56 Proz. der Stimmen 71,32 Proz. der Mandate zum preussischen Landtage einbrachten. Die Konfervativen haben fast das Dreifache der Mandate bekommen, als ihnen zufam, das Zentrum ebenfalls ein gutes Teil mehr. Kein Wunder, daß diese Parteien sich gegen ein gleiches Wahlrecht von Stadt und Land erklären, denn ihnen erwächst der unredtmäßige Gewinn aus der Benachteiligung der Städte.

Aber auch die liberalen Parteien haben dabei mehr Abgeordnete erhalten, als ihnen nach Maßgabe der Urwählerstimmen zustanden. Dies erklärt sich aus dem Zusammenwirken von Wahlkreiseinteilung und Klassenteilung; die letztere ermöglicht den Liberalen, sich für die aus der ungerechten Wahlkreiseinteilung erwachenden Verluste durch Ueberstimmung der dritten Klassenwähler schadlos zu halten und damit alle Verluste auf die Sozialdemokratie, der Partei des städtischen Proletariats, abzuwälzen. So lastet der Fluch der politischen Entrechtung der Stadtgemeinden zehnfach auf der Arbeiterklasse, die nur den 18. Teil der ihr zustehenden Volksvertreter erhält. Auf 106 von 443 Mandaten hatte die Sozialdemokratie gemäß ihrer Stimmenzahl Anspruch, — sechs hat sie nur erhalten.

Diese Entrechtung der städtischen Wähler ist eine Ungeheuerlichkeit, die der indirekten Wahl und der Klasseneinteilung an Gemeingefährlichkeit nichts nachgibt. Ihre schlimmsten Wirkungen zeitigt sie in den Großstädten. Berlin hat gemäß seiner Bevölkerungsziffer 12 Abgeordnete zu wenig; Breslau und Köln müßten je 3, Frankfurt a. M., Charlottenburg, Essen, Stettin je 2 und Düsseldorf, Hannover, Magdeburg, Duisburg, Dortmund, Altona, Kiel, Rixdorf, Gelsenkirchen, Schöneberg und Posen je 1 Abgeordnete mehr erhalten, als es heute geschieht. Die 28 preussischen Großstädte sind zurzeit durch 52 Abgeordnete vertreten, während ihnen nach der Bevölkerungsziffer deren 90 zuständen. Die meisten übrigen Stadtkreise sind verarmt mit Landkreisen verknüpft, daß die Wahlmänner der letzteren einen erheblichen Einfluß auf die Abgeordnetenwahl ausüben. Aus dieser Mindervertretung der Städte und dem ländlichen Einflusse erklärt sich das große Uebergewicht der rüdfständigen Parteien im preussischen Abgeordnetenhaus.

Der Arbeiterchaft Preußens fällt die Kultur- aufgabe zu, mit dieser politischen Unterdrückung der Städte aufzuräumen und den großen Zentren der Kultur und des Fortschritts die politische Gleichberechtigung zu erkämpfen. Sie führen diesen Kampf nicht allein für sich, sondern für alle, die im Vorkreis der Stadt ihren Lebenswerb finden. Deshalb sollten sich alle städtischen Parteien darin einig sein, den Kampf gegen die veraltete Wahlkreiseinteilung zu unterstützen. Es scheint indes, daß die bürgerlichen Wahlreformfreunde hier versagen, um auch ferner auf dem Boden der Dreiklassenwahl sich an der Arbeiterklasse schadlos zu halten. Ein solches Verhalten dieser Parteien ist nur geeignet, die Kraft und Schärfe der großen Wahlrechtsbewegung zu erhöhen, die schließlich mit dem preussischen Dreiklassenwahlrecht auch die ungerechte Wahlkreiseinteilung hinwegzuwemmen wird. Je mehr man sich bemüht, von dem preussischen Klassenwahlrecht möglichst viel zu retten und konfervieren, desto mehr wird das preussische Volk die Ueberzeugung gewinnen, daß hier endlich einmal gründlich reinen Tisch gemacht werden muß!

Im Gegensatz zur alten Gesellschaft mit ihrem ökonomischen Elend und ihrem politischen Wahnwitz entsteht eine neue Gesellschaft, deren internationales Prinzip der Friede sein wird, weil bei jeder Nation dasselbe Prinzip herrscht — die Arbeit! Die Bahnbrecherin dieser neuen Gesellschaft ist die internationale Arbeiterassoziation. (Mary.)

Internationales.

Dänemark. Lohnbewegung in Dänemark. Nachdem in Kopenhagen unsere Kollegen und Kolleginnen bereits beschlossen hatten, ihren Tarifvertrag zu kündigen, berieten die Vertreter aus den Provinzstädten am 20. Februar auf einer Konferenz, die in Veile, Jütland, stattfand, über die Kündigung ihres Tarifvertrags. Wie der Verbandsvorsitzende Olesen zu Beginn der Konferenz ausführte, waren alle Ortsabteilungen ersucht worden, in ihren Generalversammlungen zu Beginn des Jahres die Frage zu erörtern. Soweit Mitteilungen vorlagen, war die Tarifkündigung in Kopenhagen, Aarhus, Odense, Aalborg, Veile und Kolding beschlossen worden. In Aarhus war eine Resolution angenommen worden, die besagt, dass danach gestrebt werden müsse, in der Provinz den Kopenhagener Lohn- und Arbeitsbedingungen so nahe wie nur irgend möglich zu kommen, weil in der Provinz die Lebensverhältnisse ebenso teuer seien wie in der Hauptstadt. Aus den Ausführungen der Vertreter der Kollegenschaft ging hervor, dass alle Ortsabteilungen die Kündigung einstimmig beschlossen hatten. Es wurde ferner betont, dass die Löhne in der Provinz im Vergleich mit den Teuerungsverhältnissen ausserordentlich niedrig sind. Man bezeichnete es als geradezu skandalös, dass ein junger Buchbinder, der seine 5 Jahre gelernt hat, sich mit einem so elenden Lohn wie 16,80 Kronen begnügen soll. —

Die Abstimmung ergab dann auch, dass die Konferenz die Tarifkündigung einstimmig beschloss, jedoch unter Voraussetzung der Genehmigung des Gesamtverbandes der Gewerkschaften.

Die Konferenz diskutierte und beschloss sodann über die Vorschläge zu einem neuen Tarifvertrag, wobei der in Kopenhagen bereits gutgeheissene Tarifentwurf als Grundlage diente. — Schliesslich beschäftigte man sich mit der Frage der Agitation unter den Arbeiterinnen und beriet über die Mittel, die Kolleginnen, die in der Provinz noch grösstenteils unorganisiert sind, für den Verband zu gewinnen, was ja im Hinblick auf die bevorstehende Lohnbewegung doppelt notwendig erscheint.

F. Der amerikanische Buchbinder-Verband (International Brotherhood of Bookbinders) wurde im Jahre 1892 gegründet. Früher gehörten einige Ortsvereine dem Buchdruckerverband an, einige andere waren selbständig. Der Verband ist keine eingetragene Körperschaft mit Korporationsrechten. Er pflegt auch ausser der Streikunterstützung lediglich die Ablebensunterstützung, und zwar seit 1897. Im November 1909 bestand der Verband aus 104 Ortsvereinen, wovon sich die grosse Mehrzahl in den Vereinigten Staaten und vier in Canada befanden, nämlich in den Städten Toronto, Winnipeg, Vancouver und Victoria. Im April 1906 war die Zahl der Ortsvereine 145; davon lagen 136 in den Vereinigten Staaten und neun in Canada.

Ueber die Mitgliederzahl enthalten die letzten Jahrgänge des Verbandsorgans keine Angaben. An die Gewerkschaftszentrale Nordamerikas, an die American Federation of Labor, wurden Beiträge abgeliefert: 1901 für 5800 Mitglieder, 1902 für 7000, 1903 für 8100, 1904 für 6500, 1905 für 6600, 1906 für 6800, 1907 für 8900, 1908 für 7900 und 1909 für 7100. Die Steuer an die American Federation of Labor ist nur für die Mitglieder abzuliefern, welche ihre Beiträge an den Verband voll bezahlt haben. Der tatsächliche Mitgliederstand ist also in allen Jahren höher gewesen, als der hier verzeichnete, besonders aber in den letzten Jahren der Wirtschaftskrise, als die Arbeitslosigkeit umfangreich und folglich die Zahl der Restanten sehr gross war.

Die Verwaltung des Verbandes liegt in den Händen des Vorsitzenden, dreier stellvertretender Vorsitzender, eines Sekretärs und Schatzmeisters, eines Statistikers und eines Exekutivausschusses von zehn Mitgliedern. Besoldete Beamte sind der Präsident und der Sekretär-Schatzmeister. Präsident ist gegenwärtig Robert Gloeking, Sekretär-Schatzmeister James W. Dougherty. Der Sitz der Zentraleitung befindet sich zu New York-Stadt, 132 Nassau-Strasse.

Alle Funktionäre des Zentralverbandes werden auf den Verbandstag gewählt, die in zweijährigen Zeiträumen stattfinden und denen unter anderem auch die Rechnungsprüfung obliegt. Die beiden besoldeten Beamten haben eine Sicherstellung von je 5000 Dollar zu leisten.

Das Verbandsorgan „The International Bookbinder“ erscheint nun im elften Jahre. Es wird monatlich ausgegeben und ist gewöhnlich 32 Grossoktavseiten stark, manchmal, wenn es der Stoff erfordert, stärker. Die Redaktion besorgt Sekretär Dougherty.

Die Gelder des Verbandes werden vom Sekretär-Schatzmeister in einer Bank hinterlegt. Zahlungen werden mittels Anweisungen geleistet, die vom Präsidenten und Sekretär-Schatzmeister zu unterzeichnen sind. Diese Beamten haben auch über alle Unterstützungsansprüche zu entscheiden. Gegen ihre Entscheidungen steht das Recht der Berufung an den Exekutivausschuss und in letzter Linie an den Verbandstag offen.

Von der Aufnahmegebühr der Mitglieder haben die Ortsvereine nichts an die Hauptkasse zu entrichten. Das Ausmass der Gebühr wird von den Ortsvereinen bestimmt und ihr Ertrag verbleibt ihnen.

Die Bestimmung der Beitragshöhe ist gleichfalls Sache der Ortsvereine. Dementsprechend sind die Beiträge von Ort zu Ort verschieden. An die Hauptkasse haben die Ortsvereine für jedes männliche Mitglied vierteljährlich 1,20 Dollar und für jedes weibliche Mitglied 45 Cents zu bezahlen. In den Organisationsfonds fliessen von den Beiträgen der männlichen Mitglieder vierteljährlich 30 Cents, von den Beiträgen der weiblichen Mitglieder 9 Cents; in den Widerstandsfonds von den Beiträgen der männlichen Mitglieder vierteljährlich 60 Cents, von den Beiträgen der weiblichen Mitglieder 15 Cents; der Ablebensfonds erhält von jedem Vierteljahrsbeitrag 15 Cents, der Journalfonds erhält von den Beiträgen der männlichen Mitglieder 15 Cents, von jenen der weiblichen Mitglieder 6 Cents vierteljährlich. Für Widerstands- und Angriffszwecke können Sondersteuern angeordnet werden. Wegen des Streiks von den achtstündigen Arbeitstag wurde eine Sondersteuer eingehoben, die vom Dezember 1906 bis zum Dezember 1907 wöchentlich 25 Cents für männliche und 10 Cents für weibliche Mitglieder betrug; dann bis zum Juli 1908 5% des Verdienstes vom August 1908 bis März 1909 3%, vom April bis Dezember 1909 1 1/2% und seither 1% des Verdienstes.

Von den im Staate New York im März 1907 bestandenen 13 Ortsvereinen des Buchbinderverbandes hatten eine Aufnahmegebühr von weniger als 10 Dollars drei, von 10 bis nicht ganz 15 Dollars sechs, von 15—25 Dollars vier. Von den Mitgliedern dieser Ortsvereine zahlten 925 einen Monatsbeitrag (Orts- und Zentralbeitrag) von weniger als 49 Cents, 117 zahlten 40—64 Cents, 593 65—80 Cents, 520 90 Cents bis 1.14 Dollars und 150 mehr. Daraus ersieht man die grosse Verschiedenheit der von den Mitgliedern geforderten Leistungen.

Ortsvereine, die dem Verbands beitreten, haben eine Aufnahmegebühr von 10 Dollars zu zahlen, die sogenannte „Charter Fee“.

Mitglieder, die drei Monate mit den Beiträgen im Rückstande sind, werden gestrichen. Wenn solche Mitglieder wieder beitreten, so haben sie für die Zwischenzeit monatlich 15 Cents für den Ablebensfonds nachzuzahlen. Das Ausmass der Ablebensunterstützung beträgt 50 Dollars; die Unterstützung ist spätestens 30 Tage nach dem Ableben des Mitgliedes zahlbar.

In den grösseren Städten bestehen für die einzelnen arbeitsteiligen Zweige des Buchbinder-gewerbes besondere Ortsvereine. In den kleineren Orten sind alle Branchen in einem Ortsverein vereinigt. Zureisende sollen sich vor Annahme von Arbeitsplätzen bei den betreffenden Ortssekretären melden, um sich Unannehmlichkeiten zu ersparen. Die Adressen der Ortssekretäre sind im Zentralbureau zu erfahren.

Jahresbericht vom Gau 6/7.

Ein arbeits- und erfolgreiches Jahr liegt hinter uns, und wenn auch nicht alle Wünsche befriedigt werden konnten, so waren wir doch befreit, das Mögliche und Beste für unsere Mitglieder zu schaffen. Wir können wohl sagen: „Ist auch der Boden rau und hart, auf guten Boden fiel die Saat!“ Das Jahr 1909 war nicht viel besser als das vorhergegangene, doch machte sich im Laufe der letzten Hälfte die aufsteigende Konjunktur schon recht bemerkbar, so daß wir im Herbst daran gehen konnten, einen Beschluß des am 30. Mai in Lübeck stattgefundenen Goutages auf „Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse“ zu verwirklichen, worüber gesondert berichtet werden wird.

Wenn auch im allgemeinen die Zweckmäßigkeit der Goutage eine verschiedene Beurteilung erfährt, so können wir von unserem Lübecker sagen, daß er im wesentlichen dazu beigetragen hat, den Organisationsgedanken weiter zu verbreiten, das Vertrauen zur Organisation zu stärken und zugleich durch persönliches Bekannwerden der Delegierten untereinander zur freudigeren Erlebung der Verbandsarbeit angefordert hat.

*) Ein Dollar zu 100 Cents ist im Wert 4,25 M. gleich.

Die Mitgliederbewegung gestaltete sich im Vergleich zum vorhergehenden Jahr, wie aus dieser Tabelle ersichtlich:

Table with columns for years 1908 and 1909, and sub-columns for 'Zunahme' and 'Abnahme' in various categories like 'Bant-Wilhelmshaven', 'Bremen', etc.

Aus der vorstehenden Aufstellung ist ersichtlich, daß die Zahlstellen Bant-Wilhelmshaven 2, Bremen 18, Hamburg-Altona 62 und Rostock 4 Mitglieder gewonnen haben, während die Einzelmitglieder um 25 zugenommen haben. Die Zunahme beträgt somit 111. Dagegen hatten folgende Zahlstellen einen kleinen Rückgang zu verzeichnen: Bremerhaven 2, Kiel 6, Lübeck 2 und Schwerin 1 Mitglied. Der Gau hat also im Krisenjahr 1909 um 100 Mitglieder zugenommen und wir zweifeln nicht daran, daß die Zahlstellen, die einen Mitgliederverlust zu beklagen haben, bald wieder die Scharte durch kräftige Agitation auswecken werden.

Agitationsveranstaltungen wurden abgehalten in Flensburg, Schleswig und Harburg; sodann in Bremen, woselbst der Bezirksleiter mehrere Tage anwesend war und einer Anzahl Werkstüberversammlungen mit beizuhohe; ferner in Delmenhorst, Oldenburg, Bant-Wilhelmshaven und Bremerhaven. Der Erfolg dieser Versammlungen ist den Verhältnissen entsprechend immer noch ein guter zu nennen, war es doch dem Bezirksleiter vor allem einmal möglich, die Verhältnisse in den einzelnen Orten persönlich kennen zu lernen. Die Korrespondenz mit den Mitgliedern im Gau war eine sehr rege, namentlich während der Lohnbewegung und kann man die Tätigkeit des Gauvorstandes wohl zum guten Teil aus den Ein- und Ausgängen der Korrespondenz erkennen. Bei 569 Eingängen an Briefen in der Zahlstelle Hamburg-Altona und dem Gau 6/7 und 292 an Karten sind 1346 Ausgänge von Briefen und 529 von Karten zu verzeichnen.

Das Finanzwesen im Gau gestaltete sich wie folgt: Die Verbandskasse hatte 2727,17 Mk. Einnahmen und 2759,09 Mk. Ausgaben, die Lokalkasse 1026,67 Mk. Einnahmen und 1026,67 Mk. Ausgaben. Unter den Gauausgaben stehen die Kosten des Lübecker Gautages mit 335,70 Mk. obenan. Der Kassenbestand belief sich am Jahreschluss auf 223,08 Mk.

Hamburg. Fr. Küster.

Zum Kampf in Plauen.

Während der Drucklegung dieser Nummer erhielten wir vom Kollegen Pfüke aus Plauen im Vogtlande folgendes Telegramm:

Sieben Anerkennung der Organisationserrungen. Streik wird heute beendet.

Inwieweit die Lohnforderungen der Streikenden anerkannt worden sind, geht aus diesem Telegramm leider nicht hervor. Wir werden darum erst nähere Nachrichten abwarten müssen und werden in der nächsten Nummer in zusammenfassender Weise nochmals auf den Kampf unserer Mitglieder da unten im Vogtlande zurückkommen.

Korrespondenzen.

Deutschland: Gesperert ist: Nürnberg - Fürth, Falkenstein i. S., Plauen i. V., in Zwickau i. S. die Firma Goetze und Ziller und in Breslau die Firmen Gebauer, Fiebig und Schröter.

Schweiz: Ueber die Firma A. V. Heine, Stickeriegeschäft in Arbon, ist die Sperre verhängt. Basel und La Chaux-de-Fonds - Locle stehen in Lohnbewegung. Zugang ist fernzuhalten.

Deckerreich: In Görz und Triest steht die Kollegenchaft in einer Tarifbewegung und ist demnach Zugang strengstens hintanzuhalten. - Weiter ist Arbeitsannahme bei der Firma S. Neumann u. Sohn in Prosnitz

(Mähren) zu unterlassen. In Dornbirn (Vorarlberg) ist ein Streik ausgebrochen. Dornbirn ist gesperrt. - Das Personal der Firma V. Heller in Wien VI steht im Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Schweden: Gesperert ist ganz Schweden.

Vor Arbeitsannahme im Gau 6/7 erkundigte man sich beim Bezirksleiter Fr. Küster in Hamburg nach den bestehenden Verhältnissen. Desgleichen vor Arbeitsannahme in Posen und Zwickau bei den örtlichen Bevollmächtigten und vor Arbeitsannahme in Herzberg a. Elster beim Gaubevollmächtigten Herzberg in Magdeburg.

Plauen. Unter der Stichmarke: „Verrätene Verräter“ schreibt das „Sächsische Volksblatt“ zum Kampf in Plauen: Arme, bedauernswerte Menschen! Da werden sie von Agenten und deren Helfershelfern in Hamburg und Berlin angeworben, wie das Vieh nach Plauen verfrachtet, um hier den Kartonnagenfabrikanten während des Streiks als Hausreißer zu dienen. Mittellos und halb verhungert kommen sie an und werden hier der Firma Thof u. Gushurst abgeleiert, welche sie an die anderen Fabrikanten verteilt. Diese von der Streikbrecherfirma „Auguste Müller in Wandsbek“ angeworbenen Leute will selbst als Streikbrecher keiner beschäftigen und so müssen sie denn unter den schlimmsten Entbehrungen - einer davon will zwei Tage nichts gegessen haben - ihr Dasein fristen. Von ihrem Kolonnenführer Müller-Wandsbek sollten sie am Sonntag wieder abgeholt werden. Dieser aber zog es trotz des den Unternehmern gegebenen Versprechens vor, allein zu verschwinden; zugleich mit ihm ist auch der Kolonnenführer Hünze verschwunden - der bekannte Mann, welcher die Leute alle Abende von der Firma Thof u. Gushurst nach ihrem Quartier begleitete. Obdachlos und aller Mittel bar, haben Streikbrecher schon die städtische Verpflegung in Anspruch nehmen müssen. So klagten am 9. März wieder 15 solcher armen Haischerls (wie wir noch in letzter Nummer kurz berichten konnten. D. Red.), die man unter Vorpiegelung falscher Tatsachen nach Plauen gelockt hatte, vor dem Gewerbegericht gegen die Firma Thof u. Gushurst, die die Aufgabe übernommen hat, die Leute an die vereinigten Fabrikanten zu übermitteln. 10 Mann hatten für eine Woche Lohn erhalten und verlangen denselben auch für die zweite Woche; zwei Mann, welche nach einstündiger Beschäftigung wieder entlassen wurden, fordern je 60 Mk. und 3 Mann verlangen geringere Lohnentschädigungen. Der beklagte Herr Thof will nicht zahlen; er behauptet, daß zwischen der Firma und den Leuten kein Vertragsverhältnis besteht und beweist sie an den Agenten Müller. Herr Assessor Dr. Fajilides vertrat denselben Standpunkt und riet zu einem Vergleich.

Die Kläger hatten den dringenden Wunsch, Plauen so bald als möglich wieder verlassen zu können, und reduzierten ihre Ansprüche auf das Fahrgehalt nach Hamburg zurück und 5 Mk. Spesen. Beklagter willigt für seinen Teil in diesen Vorschlag ein, will aber in der Mittagszeit erst Rücksprache mit seinen Kollegen nehmen. Am Nachmittag kam ein Vergleich zustande, wonach die Leute 10 Mk. Fahrgehalt und nur 2 Mk. Spesen erhalten.

So haben die Unternehmer wieder 180 Mk. und noch mehr zum Fenster hinausgeworfen.

Die Verhandlung zeigte auch deutlich, mit welchen Mitteln versucht wird, den Streikenden den Sieg illusorisch zu machen. Unter der falschen Vorpiegelung, sie erhalten bei 45-50 Pf. Stundenlohn dauernde Stellung, werden die Arbeitswilligen von der Streikbrecherfirma Müller in Wandsbek an die hiesigen Fabrikanten verwiesen. Diese nehmen sie aber nicht an. Müller verspricht, sie auf seine Kosten abzuholen und wieder nach ihrer Heimat zurückzubefördern. Er erscheint zu diesem Zwecke auch in Plauen, rückt aber allein ab. Auf ihre telephonische Anfrage in Hamburg erhalten sie den Bescheid, sich an die Unternehmer zu wenden. Er (Müller) selbst wird klagar werden, weil die Unternehmer die bestellten 60 Mann nicht abnehmen wollen; sie haben ihm das Geschäft verdorben. Daß die Unternehmer über Mittel verfügen und nicht Pleite zu machen brauchen, wenn sie den Streikenden die geforderten Löhne bewilligen, beweist auch die Bezahlung des bekannten Transportführers Hünze, der wöchentlich 70 Mark Lohn eingestrichelt hat, die ihm die Firma Thof u. Gushurst blechen mußte. Wir glauben es gern, daß die Firma, wie Herr Thof selbst sagte, in Teufels Küche geraten ist, daß sie schon sehr viel Kosten gehabt hat. Und muß das Beschaffen von Arbeitswilligen ein einträgliches Geschäft sein, dies beweist die Tatsache, daß außer der Firma „Müller“ noch Zwischenmeister tätig sind. Ein gewisser Alke hat das eigentliche Geschäft mit den vereinigten Fabri-

kanten gemacht und dann an Müller weitergegeben. Den Streikenden werden die paar Pfennige Lohnzulage nicht bewilligt, aber für Streikbrecher opfern die Unternehmer unnütz Tausende. Möglich, daß durch dieses Opferbringen einige nicht kapitalkräftige Unternehmer vom Pleitegeier geholt werden. Garren die Streikenden im Kampfe aus, üben sie vor allen Dingen Solidarität, dann sind sie auch imstande, den Trotz der Unternehmer zu brechen.

Kathenow. Nunmehr hat auch die Firma Möding unsere Forderungen bewilligt und ist unsere Bewegung damit zu einem recht erfreulichen Abschluss gekommen. Die Arbeitszeit wird für die Arbeiterinnen täglich um eine Viertelstunde verfürzt. In beiden bestrittenen Betrieben ist die Arbeitszeit nunmehr gleich. Am 1. April soll eine weitere Arbeitszeitverfürzung von einer halben Stunde pro Tag erfolgen. Der Kathenower Tarif wurde anerkannt. Die in Wochenlohn stehenden Arbeiter erhalten Zulagen, die in das Ermessen des Unternehmers gestellt sind. Arbeiterinnen erhalten pro Woche 1,50 Mk. Zulage. Als Vertretung der Arbeiterschaft wird der Deutsche Buchbinderverband anerkannt. Maßregelungen finden nicht statt. Die Klage gegen einen Kollegen (wegen Hausfriedensbruchs) wird zurückgezogen. Nachdem diese Zugeständnisse erzielt worden waren, ist die Arbeit am 14. März wieder aufgenommen worden. Die Bewegung hat also mit einem vollen Erfolg geendet. Möge sich das die Kathenower Kollegenchaft merken und nicht vergessen, daß eine gute Organisation uns not tut, wenn wir vorwärts kommen wollen.

Limbad. In unserer sehr stark besuchten Versammlung am 12. März referierte Kollege Pfüke-Chemnik. Die Versammlung befaßte sich mit der Antwort der Fabrikanten. Das uns von den Fabrikanten gefandte Schreiben läßt erkennen, daß selbige gewillt sind, eine Verbesserung unserer Lohnverhältnisse Platz greifen zu lassen, und wollen sie laufende Woche mit uns in Unterhandlungen treten. Folgende Resolution wurde von der Versammlung angenommen:

„Die heute, am 12. März, tagende gut besuchte Kartonnarbeiter-Versammlung nimmt von dem Schreiben der Limbad-Oberfröchner Kartonnfabrikanten befriedigende Kenntnis. Die Versammelten erklären in diesem Schreiben eine Gewähr dafür, daß die Herren Prinzipale der Arbeiterschaft entgegenzukommen geneigt sind, und sehen einer weiteren Antwort oder Einladung für Mittwoch, den 16. März, zur eventuellen Aussprache gern entgegen.“

Die Antworten der Herren Unternehmer sollen dann Freitag, den 18. März, der hiesigen Kollegenchaft unterbreitet werden. Mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinderverband wurde die Versammlung geschlossen. - Zugang nach Limbad ist fernzuhalten.

Breslau. Nach Abschluss des Tarifvertrages verlohnt es sich wohl der Mühe, der Öffentlichkeit einige Mitteilungen über den Verlauf der Lohnbewegung nicht vorzuenthalten. War es schon bei den Verhandlungen schwierig, einige Zugeständnisse zu erreichen, so änderte sich das Bild wesentlich beim Inkrafttreten des Tarifes am 1. Januar. Ganze 19 Firmen hielten es für notwendig, den Tarif schriftlich anzuerkennen, während namentlich die Innungsmitglieder es ablehnten, tariflich zu entlohnem. Da auch die gefandten Mahnschreiben nichts fruchteten, so blieb nichts anderes übrig, als durch persönliche Verhandlungen den Kreis der Tarifkontrahenten zu erweitern. Es gelang ja auch dadurch, weitere 21 Firmen zur Tarifgemeinschaft zu gewinnen, so daß der größte Teil der Betriebe den Tarif anerkannt hat.

Da in Breslau nur zwei Großbetriebe für Buchbindereien in Frage kommen, so hatten wir ausschließlich mit Kleinmeistern zu verhandeln, die sich bekanntermaßen nur sehr schwer entschließen können, geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren Werkstübchen einzuführen. Der Konkurrenz der Gefängnisarbeit und den Staats- und Kommunalbehörden wurde die Schuld an den traurigen Zuständen im Buchbindergerwerbe angehängt, die es nicht ermöglichten, bessere Löhne zu zahlen. Als Kuriosum sei nur erwähnt, daß der Obermeister der Innung sich wohl dazu verstehen wollte, den Tarif anzuerkennen, wenn die Gewerkschaft sich schriftlich verpflichtete, daß die Gesellen auch für den zu zahlenden Lohn genügend leisten würden. Ganz besonders sind es drei Firmen, bei denen noch mittelalterliche Löhne und Arbeitszeit bestehen, und zwar bei Fiebig, Gebauer und Schröter. Bei allen drei Firmen sollen in der Hauptfache Arbeiten für die Staats- und Kommunalbehörden hergestellt werden. Trotzdem erreicht der Anfangslohn die enorme Höhe von 15 Mk. pro Woche für einen Buchbinder und das bei zehnstün-

diger Arbeitszeit. Herr Gebauer behauptet aber von sich, daß er für seine Arbeiten die höchsten Preise in Breslau erzielt, trotzdem fühlt er sich nicht verpflichtet, auch einen anständigen Lohn seinen Arbeitern zu geben. Allerdings beschäftigt er außer 2 Gehilfen noch 6 Lehrlinge, die selbstverständlich noch ein viel billigeres Ausbeutungsobjekt abgeben. Dabei ist gerade dieser Herr Fachlehrer der Handwerkerschule für das Buchbinder-gewerbe, um so besser für die Hebung des Handwerkes beizutragen, während gerade die elenden Zustände in seiner Werkstube es sind, die einer Gefundung des Handwerkes entgegenstehen.

Noch schlechter entlohnt die Firma Fiebig. Bei 7 beschäftigten Gehilfen erhalten 3 15 Mk., 1 16 Mk., 2 17 Mk. und einer nach 4jähriger Tätigkeit im Betriebe 20 Mk. Lohn. Allerdings ist es bis jetzt nicht gelungen, auch nur einen dieser Leute der Organisation zuzuführen.

Geradezu skandalös ist die Bezahlung bei Schröder. Anfangslöhne von 14 und 15 Mk.! Ein verheirateter Kollege erhält nach achtjähriger Tätigkeit im Betriebe sage und schreibe 16 Mk. (!) Wochenlohn, selbstverständlich bei 10stündiger Arbeitszeit. Es könnten noch einige solcher Beispiele angeführt werden, jedoch für heute genug. Eins müßte aber auch von den staatlichen und kommunalen Behörden erwartet werden, daß sie bei Vergütung von Buchbinderarbeiten nur solche Firmen berücksichtigen, welche den minimalen Forderungen des Tarifs entsprechend ihr Personal entlohnen. Aber für die Breslauer Kollegen gilt die Parole, nicht zu ermüden in der Agitation, bis es gelungen ist, auch die letzte Firma zur Anerkennung des Tarifes gezwungen zu haben.

Breslau. Folgende Firmen weigern sich, den Tarif anzuerkennen, weshalb wir ihnen kein Verbandsmitglied in Arbeit treten darf: A. Schröder, Fritz Müntzer, Theodor Klar, G. Silbiger, O. Brenke, Fingerhut u. Co., M. u. A. Wiener, Conrad, Drabinski, Fiebig, Gebauer, Gleisberg, Herzog, Herpolsheimer, Kroned, Reiß, Schröder, Weinert, Elkeles, Baruth, Friedmann u. Co., Emballage-Industrie.

Beivilligt haben dagegen folgende Firmen: Blasche, Blasig, Deuse, Dülfer, Eckstein, Gottwald, Meißmann, Mlinner, Klamet, Kuban (ab 1. 4.), Kubach, Leopold, Polaste, Robich, Schuber, Schwarz, Buttle, Schottländer, Hoyerdt u. Co., Guttmann, Heiner u. Meinide, Swarsenski, Nachener Feuer-Versicherung, Minke, Warisch u. Schindler, Gutschmann, Jungfer, Prossauer, Neimann, Schacht, Schenkmalowsky, Silles Druckerei-Genossenschaft. Ferner die Kartonnagenfabriken: Altmann u. Friebe, Anspach, Bredella, Rauhauer u. Unger, Wollstein u. Hausdorf, Gebr. Hoff.

Bei den tariftreuen Firmen arbeiten im ganzen 128 männliche und 504 weibliche, zusammen 632 Personen. Sämtliche Behörden, Kassen, Vereine usw., die Buchbinderarbeiten zu vergeben haben, sind nunmehr gebeten worden, Arbeiten nur an Tariftreue Firmen zu vergeben, nicht an die Schmuckkonfurrenz. Gegen Schröder u. Gebauer, die viel häßlichere Arbeit erhalten, ist außerdem eine Beschwerde an den Magistrat abgegangen, außerdem wird Stadtv. Albert deren Gebaren demnächst in öffentlicher Stadtverordnetenversammlung brandmarken.

Hannover. Am 12 März beschäftigte sich die Mitgliederversammlung nach einem Referat Kohnraders mit den jüngsten Ereignissen im graphischen Gewerbe, deren erregte Wellen sich durch die Kündigung sämtlicher Lithographen und Steindruckere einiger hiesigen Großbetriebe bis hierher verschlugen, und drohten, auch unsere Kollegen in den hiesigen gemischten Betrieben mit in den Strudel zu ziehen. Wenn auch hier die Ursachen dieser Kündigungen vorläufig nur solidarischer Natur waren, so darf doch mit Bestimmtheit angenommen werden, daß die berühmte Zuchtanordnung des Scharfmachers Dr. Gerschel-Berlin, die doch wortgetreu vom Zentralverband Deutscher Industrieller übernommen ist, auch hier eingeführt werden versucht worden wäre, wenn Gerschel, anstatt schamlich reinzuplumpfen, gesiegt hätte. Das eine kann sich Gerschel mit auf den Weg nehmen, so leicht hätte er hier keine Vorbeeren geerntet, und wenn er sie geerntet, nicht heil nach Hause gebracht. Der Umstand, daß die hiesigen Unternehmer sich von ihrem Verbandsvorsitzenden Gerschel dazu verleiten ließen, mitten in einer durch Tarif geschützten Zeit den Frieren zu stören, sich also von einem auswärtigen Herrn Vorschritten machen ließen, hat uns das Verhalten dieser Herren bei unserer Lohnbewegung 1903 ins Gedächtnis zurückgerufen, als unser damaliger Verbandsvorsitzende Dietrich zu den Verhandlungen herbeieilte. Da entrüsteten sich die Herren über die Zumutung, mit einem Manne zu verhandeln, der nicht in ihren Betrieben beschäftigt sei, sie wollten nur mit ihren eigenen Leuten verhandeln und gaben Dietrich zu verstehen, daß sie sich von einem auswärtigen Geher keine Vorschritten wollten machen lassen. Und ähn-

lich ging es 1906, als wir zu den Verhandlungen in der Lohnbewegung Kloth herbeiholten. Mit welcher saurer Miene fügten sie sich ins Unvermeidliche und verhandelten mit Kloth. Dieses Unbehagen kommt ja auch in dieser Zuchtanordnung in dem Paragraphen zum Ausdruck, der da besagt, daß Mittelungen aus dem Betrieb an Dritte als Preisgabe von Geheimnissen des Betriebes anzusehen seien und mit Entlassung bestraft werden sollen. Diese Bestrafung soll noch dadurch verschärft werden, daß der Entlassene bei Annahme einer neuen Stelle den Nachweis im Zeugnis erbringen solle, daß er seine letzte Stellung „ordnungsgemäß“ verlassen habe. Was unter „Ordnung“ verstanden wird, bestimmt der Schlußverband und in letzter Instanz der Zentralverband Deutscher Industrieller, niemals aber die Arbeiter oder gar so ein auswärtiger Geher. Wir dürfen wohl hoffen, daß bei künftigen Lohnbewegungen, wenn wir unsere Verbandsvorsitzenden zur Verhandlung heranziehen, die Prinzipale etwas mehr Entgegenkommen zeigen und nichts mehr gegen „den auswärtigen Herrn von unserer Seite“ einzuwenden haben.

Wir Arbeiter der graphischen Großbetriebe in Hannover sind doch rechte Loren. Wir träumen schon öfters von Sommerferien. Nur ein paar freie Tage, 3-6 freie Tage glaubten wir im Sommer unter Fortzahlung des Lohnes zu bekommen, wenn wir mindestens 6 Jahre auf ein und demselben Fleck standen und auf dem Fußboden, nein, auf dem Fleck, auf dem wir schon 10, 15 und 20 Jahre stehen, unsere Füße sich tatsächlich Löcher eingewühlt haben durch die Bewegungen des Körpers bei der Arbeit. Erst wenn wir „fünfundzwanzig Jahre“ „treu“ gedient haben, dürfen wir jeden Sommer eine Woche unter Fortzahlung des Lohnes uns erholen. Dieser Urlaub hat keinen Zweck mehr. Nach einer so langen Zeit täglichen Treuens sind wir so ausgemergelt — die Wehrzahl unserer Kollegen erlebt übrigens diesen Zeitpunkt gar nicht mehr —, daß wir uns nicht mehr erholen können. In der Mittagszeit unserer Schaffenskraft hat Urlaub noch Zweck, wenn beide Teile, der Arbeiter wie der Unternehmer sowohl, Nutzen daraus ziehen wollen, der Arbeiter, indem die abgedackerten Nerven gestärkt und der Unternehmer, indem die Arbeitsfähigkeit resp. die Leistungsfähigkeit und die Lust an der Arbeit bedeutend gefördert werden. Was lehren uns aber die letzten Wochen? Anstatt eine Woche Urlaub zu geben, kündigen die Scharfmacher wegen einer halben Stunde, die das Gesetz den Frauen zugute kommen lassen will, den gesamten Personal. Für diese halbe Stunde kündigen die Gerschel und Genossen über Tausende von Familien Hunger und Glend an.

Und diese Herrschaften hätten ihre Absicht auch durchgeführt, wenn — ja, wenn die Arbeiter nicht so einig gewesen wären. Diese einzige Lehre müssen wir uns von morgens bis abends stets und jeden Augenblick vor Augen halten, wir müssen es allen denen mit Stentorsimme in die Ohren brüllen, die noch zögernd abseits stehen und den Weg in ihre Organisation noch nicht gefunden haben. Die Einigkeit und eiserne Disziplin nur können uns vor Gerschel, Bued, Oldenburg usw. schützen.

Was sagt wohl der elfte Verbandstag zu einem graphischen Industrieverband?

Mühlhausen i. G. Anlässlich einer kombinierten Versammlung der Steindruckere und Lithographen und Buchbinder, die hier stattfand, sind von einer Versammlung der Zehnstelle Straßburg zwei Kollegen delegiert worden, um unter den Buchbindern in Mühlhausen zu agitieren und zu versuchen, festen Fuß zu fassen. Der Erfolg der Bemühungen bestand in der Aufnahme von sechs neuen Mitgliedern und es steht zu erwarten, daß durch fortgesetzte eifrige Agitation weitere Erfolge nicht ausbleiben. Am 20. März wird der Gauvorsitzende ein Referat über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Reichslanden in Mühlhausen abhalten. Die organisierten Kollegen werden durch fleißige Arbeit für guten Besuch der Versammlung sorgen, um auch hier unten bald eine Zehnstelle des Verbandes entstehen zu lassen.

Berlin. Zu unserem Bericht „Aus der Luxuspapierbranche“ in Nr. 9 sendet uns Herr A. Th. Winkler als Betriebsleiter der Firma Leonhardi u. Co. eine längere „Michtigstellung“ und ersucht er auf Grund des Preisgesetzes um Aufnahme. Ganz abgesehen davon, daß Herr W. überhaupt nicht berechtigt ist, eine Michtigstellung zu verlangen, scheint er noch nie das Preisgesetz, auf welches er sich beruft, gelesen zu haben, sonst müßte er wissen, daß seine „Michtigstellung“ ganz und gar nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Denn dieselbe ist weiter nichts, als eine Befähigung des von uns Gesagten und läuft nur darauf hinaus, alles zu entschuldigen und zu beschönigen.

Liebenswürdig wie wir uns einmal sind, wollen wir dennoch Herrn W. den Gefallen tun, etwas näher auf seine Aufschrift einzugehen. Die einzige Be-

richtigung in seinem langen Schreiben ist nur die, daß „von einer zweijährigen Lehrzeit bei Annahme der Leute keine Rede gewesen sei“. Wie lange sie tatsächlich währte, das verschweigt der Sängers Höflichkeit. Gaben wir vielleicht die „Lehrzeit“ zu kurz bezeichnet? Denn wenn es die „Schulung“ nach zirka einjähriger Lehrzeit erst von 8 auf 10 Mk. gebracht haben, darf man doch sicher annehmen, daß es noch recht lange Weile haben muß, ehe ihnen der versprochene Höchstlohn von 30 Mk. wird.

Die gesetzte Altersgrenze von 17 Jahren soll nach Herrn Winklers „Michtigstellung“ lediglich den Zweck haben

„ältere Leute zum Eintritt zu veranlassen, weil erfahrungsgemäß bei jungen Männern, die eben die Schule erst verlassen haben, nur sehr selten schon der ernste Wille vorhanden ist, intensiv an eine zu erlernende Aufgabe heranzutreten“.

Fürwahr, dieser Grund ist so durchschlagend, daß wir von der Lauterkeit vollständig überzeugt sind und nicht begreifen, daß dieser erhabene Gedanke nicht längst bei allen Zunungsmeistern und Lehrherren sich zum Durchbruch verholfen hat und jene noch immer alljährlich junge Leute in die Lehre nehmen, die dann in einem Alter schon ausgelernt haben, in welchem sie doch, frei nach Herrn Winkler, „erfahrungsgemäß“ erst den ersten Willen zum Lernen bekommen“. Verdamnungswürdig finden wir es nur, daß diesen edlen Beweggründen, die Altersgrenze auf mindestens 17 Jahre festzusetzen, von hochhaften Arbeitern die unlautersten Motive untergeschoben werden. So glauben manche, daß nur die gesetzlichen Schutzvorschriften für die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter allzu sehr als lästige Fesseln empfunden werden und man die Männer eher jederzeit, wenn es einem beliebt, zum Leberzeitarbeiten daherkommen kann, zumal sie sogar noch billiger als die Mädchen arbeiten.

Weiter „berichtig“ Herr W.: „Von den genannten Leuten ist der erwählte zirka 20jährige ein Herr, dem der bisher betriebene und erlernte Beruf zu schwer ist, und der Mann sucht sich in ehrenwerthem Bestreben eine neue Erziehung zu gründen, worin er genügend unterrichtet werden soll.“

Das Bestreben dieses jungen Mannes in allen Ehren! Worin aber das „genügend unterstützen“ besteht, ist uns doch nicht recht klar. Sind denn übrigens die jungen Leute dabon unterrichtet, daß — von ganz verschwindenden Ausnahmen abgesehen — ausschließlich Mädchen in den Monogrammpregerien beschäftigt werden, und daß es fast vollständig ausgeschlossen ist, wenn sie der menschenfreundlichen Firma Leonhardi den Rücken kehren, daß sie in einem anderen Betriebe als Monogrammpreger Arbeit erhalten?

Ferner stellt Herr W. „richtig“: „Der andere von Ihnen so sehr bemitleidete 20jährige ist aus Mitleid aufgenommen worden, da er sich bittend um die Einstellung bewarb. Wenn Sie genau informiert sind, müssen Sie ja wissen, wie es um die Intelligenz dieses 20jährigen bestellt ist.“

Dieses echt christliche Erbarmen ist geradezu rührend. Weiß denn Herr W. aber nicht, daß für Steindruckerehilfsarbeiter der Minimallohn 24-25 Mk. beträgt? Der Betreffende wird doch aber mit Steinschleifen usw. beschäftigt. Bekommt da das Mitleid nicht doch eine recht bedenklich andere Färbung? Natürlich wird auch hier, wie überall, wo man die Kritik jämmerlicher Löhne zu fürchten hat, das alte abgedroschene, verkehrt angewendete Argument angeführt, „getreu der alten Tradition, nicht den Mann, sondern die Leistungen zu bezahlen“. Zahlen Sie nur bitte die Leistungen, vergessen Sie aber gefl. nicht, daß die von der Arbeiterkassat aufgestellten Lohnsätze in i n i m a l Löhne sind, also nur das fixieren, was jeder Arbeiter und jede Arbeiterin mindestens zu verlangen hat, und selbstverständlich über dem Durchschnitt stehende Leistungen auch höher entlohnt werden müssen.

Was braucht aber Herr W. vom Minimallohn zu wissen. In's Blaue hinein stellt er daher auch die Behauptung auf, daß der junge, ausgelernte Buchbinder im Accord es auch nicht höher oder viel höher als auf 20 Mk. bringt. Daß der Minimallohn für Buchbinder hier 28,08 Mk. beträgt und der im Accord Arbeitende natürlich entsprechend mehr verdient, ist Herrn W. auch eine terra incognita.

Wenn Herr W. weiter schreibt: „Nach Ihren Ausführungen sollte man voraussetzen, daß nur ideale, reine Menschenliebe Sie veranlaßt, für diese armen geknechteten Brüder eine Lauge zu brechen und die Betriebsleiter zu lehren, wie sie sich zu ihren Mitmenschen zu stellen habe“,

so kann er dessen versichert sein, daß dieses tatsächlich der Fall ist, und unsere Kollegen und Kolleginnen wissen dies ebenso genau; nur käme als weiteres Motiv noch hinzu, den werten Geschäftskollegen des Herrn Leonhardi zu gleicher Zeit zu zeigen, wo sie

den Hebel gegen die so oft gerügte Schmutzkonzurrenz mit anzusetzen haben; die Schmutzkonzurrenz, dertwegen man ja gerade in diesen Tagen wieder schleunigst eine Sitzung einberief, um einem der angesehensten Firmeninhaber desweden den Kopf zu waschen. Aber meinen Sie nicht, Herr W., daß man auf Prinzipalsseite alle Ursachen hätte, gegen solche Art Geschäftspraktiken vorzugehen; denn sie sind es vornehmlich, welche in allen möglichen Variationen wiederkehrend, das Gewerbe in fatale Situationen gebracht haben. Und wenn man vor ordentlichen Gerichten auch einen Freispruch erzielt, vor der Deffentlichkeit wird man schwerlich bestehen.

Wenn die Firma den Galgenhumor besaß, unsere vorige Kritik in der Fabrik zum öffentlichen Aushang zu bringen, so entspricht dies ja ihrer gewohnten Tradition. Uns ist es durchaus recht, wenn auch diese Zeilen in derselben Weise allen zur Kenntnis gebracht werden, und danken wir für freundliche Hilfe, unsere Kollegenchaft mit über ihre miserable Lage aufgeklärt zu haben.

Berlin. Ueber das neue Bronzschweißdruckverfahren wird uns mitgeteilt, daß dasselbe nicht im entferntesten das hält, was man sich in Unternehmungskreisen davon versprochen hat. Gatten: die Erfinder es zu Anfang als 5- bis 10mal billiger wie Blattmetalldruck angepriesen und behauptet, daß vier Vergoldepressen und, natürlich die Hauptfache, auch vier Arbeitskräfte durch das neue Verfahren überflüssig würden, so sind verschiedene Firmen, die das neue Vergoldungsverfahren eingeführt hatten, trotz der größten Bemühungen, etwas Ordentliches damit zu erreichen, bitter enttäuscht worden. Bei der einen Firma „Klappe“ es überhaupt nicht, bei der andern wurden wohl einige Auflagen Postkarten mit vergolbet, die ihr jedoch wieder als unbrauchbar zur Verfügung gestellt wurden, weshalb man recht schnell zu der bewährten Blattmetallvergoldung zurückkehrte und die Bronzedruckmaschinen abmontieren ließ oder auch dem Lieferanten wieder zur Verfügung stellte. Einer der Fabrikanten soll sich sogar mit der Absicht getragen haben, den Lieferanten zu verklagen, da er sich als zu sehr hereingelegt betrachtete. Jetzt hat man von der vielgerühmten Bronzevergoldung schon so die Nase voll, daß man sich mit der Absicht trägt, auf den Briefbogen und Rechnungen ausdrücklich hervorzuheben, daß alle ihre Vergoldungen mit Blattmetall ausgeführt sind.

Allerdings scheint die Erkenntnis, daß mit Bronzedruck keine guten Vergoldungen zu liefern sind, einseitigen sich nur bei den Firmen Bahn gebrochen zu haben, die auf gediegene, reelle Preßvergoldung Wert legen. Nur eine Firma, die anscheinend unter allen Umständen ihre Konkurrenten unterbieten will, rückt es nur, zwar nicht in seinem Betriebe, sondern bei einem ihrer Presser, verschiedene Maschinen aufstellen zu lassen, der nun als angehender Zwischenmeister bei Krethi und Plethi bereits um Arbeiterinnen werben soll, was ihm, da er das Feld seiner ehrentwerten Tätigkeit in einen kleineren Vortort verlegt, gerade nicht sehr leicht fallen wird.

Der bekantene Junck der Zwischenmeister haben wir von jeher unser ganz besonderes Augenmerk zugewendet und werden natürlich nicht verschließen, auch in diesem Falle das mehr als eigentümliche Treiben dieses Mannes weiter zu verfolgen. Eine ganze Reihe von Verrätern an der Kollegenchaft in der Preßbranche sind uns bekant, die in dieser Weise ihre zweifelshafte Laufbahn begannen. Wünschen möchten wir nur, daß auch dieser endigt, wie sie alle geendigt haben. Gelegentlich wollen wir zu Nutz und Frommen ein paar dieser Helden näher illustrieren. Den dringenden Wunsch möchten wir nur zum Schluß an die Kollegenchaft richten, uns von allen Vorkommnissen solcher Art sofort Mitteilung zu machen, um geeignete Maßregeln dagegen ergreifen zu können.

Rundschau.

ri. Aus den Parlamenten. Deutschland soll früher in bezug auf die Sozialpolitik in der Welt vorangewesen sein, wenigstens hat das einmal ein gewesener Reichskanzler behauptet. Heute würde eine solche Behauptung wohl kaum noch aufgestellt werden, denn neuerdings macht der Reichstag sehr gern diesen Artikel über Feierabend. So war es kürzlich bei der Beratung der Gewerbeordnungsnovelle, richtiger gesagt der Wuchstüde davon, die bis jetzt noch nicht erledigt waren, um abends um 6 1/2 Uhr erst noch in die Beratung eingetreten wurde, nachdem die kostbarste Zeit des Tages mit einer langatmigen Erörterung des Toleranzantrages verbraucht war. Die Frage der Lohnhöhe ist den bürgerlichen Parteien nicht so wichtig; durch sie soll nur dem Betrug der Arbeiter entgegengewirkt werden. Auch der Fortbildungsschulzwang hindert an der Ausbeutung, kurz, die Materie ist so „einseitige Arbeiterpolitik“, daß außer dem Vertreter der Sozialdemokratie nur ein Zentrumsdreher sich zum Wort meldete und bewaarte,

daß nicht auch die Privatangestellten in die Gewerbeordnung hereingezogen seien. Im übrigen wird ein zur Beratung des Hausarbeitsgesetzesentwurfs eingesezte Kommission auch aus diesen Heberresten einer Vorlage etwas zu machen versuchen müssen.

Beim Gehalt des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern wurden eine Reihe Wünsche vorgetragen, von denen die Arbeiterbaukontrollen und der Ausbau der Gewerbeinspektion hervorzuheben ist. In Preußen, so sagt die Regierung, läßt sich die Baukontrollen nicht einführen, weil ein großer Teil der Beamten damit beschäftigt ist, herauszufinden, in welche Stufe der Beamtenhierarchie die Kontrollen einzureihen sind. Die Zuständigkeit, die Kompetenz über alles, was darum die Einführung selbst auch zum Gelächter der ganzen Welt verbleiben.

Nach den tagelangen Erörterungen wurden eine ganze Anzahl bedeutamer Resolutionen angenommen, so über die Regelung des Berggesetzes, das Koalitionsrecht der Landarbeiter, Versicherung der Privatangestellten, eine Zentrumsvorstellung zugunsten der Tarifgemeinschaften, Maßregeln gegen Abzahlungs-geschäfte und Hausierhandel, Resolutionen auf Ausbau des Koalitionsrechts, auf ganzliches Verbot der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter unter Tage, Zuziehung der Arbeiter zur Baukontrolle usw.

Beim Kapitel „Staatliches Amt“ wurden vom Genossen Vreh die Gefahren der chemischen Industrie erörtert und eine Resolution begründet auf Erhebungen über die Arbeitsverhältnisse der bei der Herstellung von Säuren und Teerfarben beschäftigten Arbeiter. Der Wechsel bei diesen Arbeitern ist so groß, daß auf 100 Arbeiter 160 Veränderungen kommen. Genosse Legien brachte wieder die Unzulänglichkeit der amtlichen Streikstatistik zur Sprache und forderte, daß das Staatliche Amt sich mit den Gewerkschaften ins Benehmen setzt. Bei der Abstimmung wird eine diesbezügliche Resolution angenommen, dagegen die Erhebungen über die chemische Industrie abgelehnt.

Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ begründete der Abgeordnete Behrens von der Wirtschaftlichen Vereinigung eine Resolution der Konservativen, des Zentrums, der Antisemiten und Nationalliberalen, bei der Wahl der nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes im Interesse der Minoritäten das Proportionalwahlrecht einzuführen, mußte sich aber vom Abgeordneten Koch belehren lassen, daß die Proportionalwahl nur bei einem direkten Wahlverfahren möglich ist. Die Herren Antragsteller scheinen nicht empfunden zu haben, wie sehr der Inhalt der Resolution mit ihrer Haltung bei der preußischen Wahlrechtsnovelle im Kontrast steht, wo sie wieder ein direktes Wahlrecht noch die Proportionalwahl überhaupt in den Kreis der Erörterungen gezogen haben.

Zeituhalten ist eine Abstimmung über paritätische Arbeitsnachweise: die Polen hatten den Antrag eingebracht, tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen 1. die Freizügigkeit und Freiheit des Arbeitsvertrages den Bergarbeitern gewährleistet werden; 2. paritätische Arbeitsnachweiskstellen unter Aufsicht der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer errichtet werden. Die Abstimmung wurde auf Zentrumsantrag getrennt vorgenommen, wodurch dieser Partei die Ablehnung des zweiten Teils ermöglicht, der Zeichenarbeitsnachweis im Ruhrrevier bestätigt wurde.

Die Beratung des Marineetat's förderte auf den verschiedensten Werften eine unglückliche Mißwirtschaft zutage. Dieselbe Verwaltung, die jeden Hauch sozialpolitischen Verständnisses von sich fernzuhalten weiß, indem sie die Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei Lohnfestsetzungen trotz ausdrücklichem Wunsch des Reichstags ablehnt, die Arbeiterausschüßmitglieder maßregelt, die auf Unregelmäßigkeiten hinweisen; diese Verwaltung mußte sich nachweisen lassen, daß wertvolles Material ins Wasser geworfen wird, angeblich zum Auffüllen von Böden Verwendung findet. Die bürgerlichen Parteien entrüsteten sich über die Zustände zwar eine Weile, lehnten aber eine sozialdemokratische Resolution ab, in der eine ordnungsmäßige Untersuchung der Unregelmäßigkeiten und eine Reform der Werftbetriebe aus sozialpolitischen, technischen und kaufmännischen Gesichtspunkten gefordert wurde.

Der Postetat bot Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Postverwaltung anscheinend eine Ehre darin setzt, vorbildlich in der Maßregelung von Beamten und Arbeitern zu sein. Eine Resolution, die einen ständigen Beirat für Post- und Telegraphenangelegenheiten aus Vertretern der Industrie, des Handels, der Landwirtschaft und des Handwerks forderte, wurde abgelehnt, nachdem vorher auch der Teilnahme der Arbeiter zugestimmt war.

Einen Wettlauf gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter wollen die Unternehmer im

Reichstage vorbereiten. Es handelt sich zwar nur um ein Verbot des Streikpostens, das in einer Eingabe des Arbeitgeberverbandes Köln verlangt wird und bei Beratung der Strafgesetznovelle ihre Erledigung finden soll, aber die allein geht noch nicht weit genug. Verlangt die „Arbeiter-Zeitung“ doch ein Vorgehen wie beim Wusensarbeiterinnenstreik in New York, wo zahlreiche Verhaftungen wegen Streikpostens vorgenommen, manche sogar nach der Straflin verhaftet worden sind, und wie in Australien, wo Zuchthausstrafe gegen Streikführer wegen angeblichen Aufruhrs erlassen wurden. — Nehlich rückständig in der Frage des Koalitionsrechts erwies sich der sächsische Minister Dr. Müger, der im Landtage erklärte, daß er eine Koalition der Eisenbahnarbeiter nicht zulassen könne, und dementsprechend die Wiedereinstellung gemäßigter Arbeiter ablehnte.

Was die Arbeiterschaft von der Handhabung des Reichsvereinsgesetzes in Preußen zu erwarten hat, das konnte sie, wenn es nicht schon früher bekant gewesen wäre, an dem Verbot der am 6. März geplant gewesenen öffentlichen Versammlungen durch den Berliner Polizeipräsidenten v. Jagow erkennen. Aus Anlaß dieses Verbots richtete die sozialdemokratische Reichstagsfraktion eine Interpellation folgenden Wortlauts ein: „Mit dem Herrn Reichskanzler bekant, daß der Polizeipräsident von Berlin die für den 6. März im Treptower Park einzuberufende öffentliche Versammlung unter freiem Himmel im Widerspruch mit dem § 7 des Reichsvereinsgesetzes, nach welchem die Genehmigung nur versagt werden darf, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht, nicht genehmigt hat? Welche Maßregeln ergreift der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um derartige Vereinträchtigungen des Versammlungsrechts in Zukunft zu verhüten?“

Bei der Besprechung derselben am 11. März verwies der Reichskanzler darauf, daß gegen die Nichtgenehmigung die Klage erhoben sei und im übrigen das Vereinsgesetz Sache der Einzelstaaten bleiben müsse. Es bleibt somit trotz „Reichsvereinsgesetz dabei, daß um die Anwendung desselben, wenigstens in Preußen, immer erst ein Kampf mit den maßgebenden Behörden zu führen ist. Die Befürchtungen, die an das Reichsvereinsgesetz trotz der schönen Worte des Herrn v. Bethmann Hollweg geknüpft wurden, haben sich leider als zu sehr berechtigt erwiesen: von einem wirklich freien, liberalen Vereinsgesetz sind wir, das hat die Besprechung im Reichstage deutlich erwiesen, noch weit entfernt.

Die Frage der Anerkennung unseres Tarifvertrages spielte kürzlich im Stuttgarter Stadiparlament eine große Rolle. Bei der Vergabung von Vermittellieferungen im Betrage von 48 936 M. hatte die innere Abteilung den Antrag angenommen, die Lieferung nur an tariftreue Arbeitgeber zu überweisen. Gegen diesen Beschluß ließ die Deutsche (nationalliberale) Partei Sturm. Es war besonders der Buchbindermeister Rothhöfer, Vorsitzender der Handwerkskammer, der gegen die „einseitige Bevorzugung“ der circa vierzig tariftreuen Firmen mit ihren über 1000 Arbeitern sich wandte. Es kam zu einem scharfen Zusammenstoß zwischen Rothhöfer und unserem Kollegen Dietrich andererseits, wobei letzterer die unverständliche Haltung der württembergischen Minister gegenüber dem Tarif auf die Information durch die Handwerkskammer zurückführte. — Der Antrag der inneren Abteilung wurde mit großer Majorität angenommen.

Aufruf!

Am 30. Januar 1908 hatte der im 50. Lebensjahre stehende Kollege Louis Ost in Görlitz das Unglück, auf dem Wege zur Arbeit von einem daherausgehenden Wagen niedergeworfen und überfahren zu werden, wodurch der Kollege völlig erwerbsunfähig und dauernd Invalide geworden ist.

Da Aussicht zu bestehen schien, den Eigentümer des Fuhrwerkes, einen Gutsbesitzer in der Nähe von Görlitz, für den Schaden haftbar machen und dem Kollegen Ost eine Rente erstreiten zu können, wurde demselben der Reichstagsklub des Verbandes gewährt und Klage zunächst beim Landgericht Görlitz anhängig gemacht. Nach etwa Jahresfrist, im Januar 1909, ist die Entschädigungsklage vom Landgericht abgewiesen und ein gleiches Erkenntnis erging, noch ein Jahr später, im Januar dieses Jahres seitens des als Berufungsinstanz angerufenen Oberlandesgerichts in Breslau. Danach und nach dem übereinstimmenden Gutachten mehrerer Rechtsanwälte, mußte der Verbandsvorstand leider zu der Ueberzeugung kommen, daß die vom Kollegen Ost beantragte Einlegung einer Revision an das Reichsgericht aussichtslos sei und deshalb eine weitere Fortführung des Prozesses ablehnen.

Da jomit für den bedauernswerten Kollegen jede Möglichkeit geschwunden ist, eine Entschädigung für den durch den Unfall erlittenen Verlust seiner Arbeitskraft zu erzielen, wenden wir uns an die gesamte Kollegenchaft mit dem Ersuchen, dem Kollegen Objt durch eine gemeinschaftliche Unterstützung sein trauriges Los nach Möglichkeit zu erleichtern.

Die auf Grund des Beschlusses des letzten Verbandstages aus der Verbandskasse zu gewährenden außerordentlichen Unterstützung kann natürlich nur von sehr bescheidenem Umfang sein, um aber auch darüber hinaus hilfreiche Hand zu leisten, eröffnen wir hiermit für den Kollegen Objt eine

allgemeine Sammlung

und erjuchen die Zahlstellenverwaltungen, in den Kreisen der Mitglieder Sammellisten für den gedachten Zweck in Umlauf zu setzen. An die Mitglieder richten wir das Ersuchen, jeder sein Scherflein beizufeuern, womit einer Pflicht wahrer Kollegialität Genüge getan würde.

Für den Kollegen Objt bestimmte Gelder erjuchen wir unter ausdrücklicher Angabe der Bestimmung des Geldes an den Verbandskassier einzusenden, der darüber in der „Buchbinder-Zeitung“ öffentliche Quittung leisten wird.

Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachung.

Achtung! Gau IV. (Schlesien und Posen.)

Der bevorstehende Verbandstag in Erfurt macht die Einberufung eines Gaultages notwendig, zumal der letzte vor vier Jahren abgehalten wurde. In Einverständnis mit dem Gauvorstande und dem Breslauer Zahlstellenvorstande berufen wir hiermit den Gaultag zum Sonntag, den 17. April, vorm. 9 Uhr, in das Gewerkschaftshaus nach Breslau ein. Als vorläufige Tagesordnung sehen wir fest:

1. Tätigkeitsberichte.
2. Situationsberichte aus den einzelnen Orten.
3. Mehr System in die künftige Agitation.
4. Anträge zum Verbandstag in Erfurt.
5. Verschiedenes.

Wir bitten nun, überall Delegierte zu wählen und Stellung zu der Tagesordnung zu nehmen. An-

träge zum Gaultage müssen bis zum 11. April in den Händen des Gauobvollmächtigten sein.

Nach getaner Arbeit veranfaßten die Breslauer Kollegen zu Ehren der Delegierten einen fröhlichen Unterhaltungsabend, zu dem einige Künstler bereits ihre Mitwirkung zugesagt haben. Alles Nähere in den kommenden Mitgliederversammlungen.

Der Gauvorstand.
J. A.: Wilh. Lolkman.
Der Zahlstellenvorstand.
J. A.: Robert Albert.

Bekanntmachung.

Berlin. Die am Sonnabend, den 12. März, stattgefundene Wahl zum Wahl des Vorstehenden ergab folgendes Resultat: Abgegeben wurden 1066 Stimmen. Davon erhielten R. Würzberger 631, E. Klar 365, P. Müller 12. Ungültig 58. Ersterer ist jomit gewählt.

Die Ortsverwaltung.

Berlin!

Bekanntmachung für die Buchbinderbranche.

In der Osterwoche findet die Sitzung der Tarifkommission am Mittwoch, den 23. März, statt. In der Woche nach Ostern fällt die Sitzung aus, dafür findet am Donnerstag, den 31. März, eine außerordentliche Delegiertenitzung statt, wozu noch eine Einladung ergeht. Die Branchenleitung.

Adressenänderungen.

Gauobvollmächtigte.

Gau II. Gauvort Königsberg: G. Brill, Königsberg i. Pr., Sachheimer Mittelstr. 24, S. III.

Ortsliche Bevollmächtigte.

Kassel. P. Kleiner, Frankfurterstr. 6, S. III.
Gauau. W. Traunsdorf, Stadtschloß 10.

Unterstützungszahl.

Flauen i. B. P. Köbel, Karlstr. 16, I, von 7—8, Sonntags von 12—1/2 Uhr.

Briefkasten.

D. N. in B. Inzerat kostet 1,60 Mk. — N. Z. in B. Eine solche Nichtigstellung veröffentlichen wir nicht. Gätten Sie die Namen doch gleich so deutlich geschrieben, dann wären sie auch richtig abgedruckt worden.

Literarisches.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Als Heft 22 erschien joesen im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68: „Gaut- und Gaupflege“ von Dr. Chajes. Preis 50 Pf., Volksausgabe 20 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Biblische Geschichten. Von den unter diesem Titel aus der Feder des Genossen Max Maurenbrecher erscheinenden religionsgeschichtlichen Abhandlungen ist nunmehr Heft 4 und 5 zur Ausgabe gelangt. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen und kostet 1 Mk. Volksausgabe 40 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Spediture und Kolporture. Besondere Prospekte versendet auf Wunsch gratis und franko der Verlag Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. 68.

Zur Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Leo Hirzschaff. Von dieser Arbeit, die als Heft 3 der Arbeiter-Gesundheitsbibliothek erschienen ist, gelangte joesen die vierte Auflage zur Ausgabe. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht verjäumen, auf die Nützlichkeit des Heftes nochmals hinzuweisen. Preis 20 Pf. In besserer Ausführung 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporture und Speditionen oder direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts.

In freien Stunden. Romanbibliothek in Wochenheften. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis pro Heft 10 Pf. Die Hefte 7 und 8 sind uns zugegangen und haben folgenden Inhalt: Die Abendburg von Bruno Wille (Fortsetzung). Romana von Theodor Mügge (Fortsetzung). — Stoff aus Spinnegarn. — Ein Tierprozeß. — Dies und Jenes. — Witz und Scherz. Bestellungen nehmen alle Zeitungs Expeditionen, Buchhandlungen, Kolporture und Postanstalten entgegen.

ANZEIGEN

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Heidelberg.
Am 7. März d. J. starb nach unheilbarem Leiden, das Mitglied
Emil fenschel
aus Ehlingen, im Alter von 21 Jahren.
Ehre seinem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Regensburg.
Am Sonntag, den 13. März, starb unerwartet schnell unser liebes Mitglied, die Mitbegründerin unserer Zahlstelle, Kollegin
Leni Kaufch
im Alter von 55 Jahren.
Wir werden ihr Andenken stets in Ehren halten.
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Eisenberg.
Am 14. März 1910 starb nach langem, schwerem Leiden, unser Mitglied, die Kollegin, Frau
Ida Schwarze
im Alter von 81 Jahren.
Ehre ihrem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Am 13. März starb unsere liebe Mitarbeiterin
Bertha Berndt
Wir verlieren in ihr eine treue Kollegin und werden ihr Andenken in Ehren halten.
Das Personal der Firma Lüderich & Bauer, Berlin.

Regensburg. Unserem lieben, langjährigen Mitgliede Herrn **Hans Wüttner** zu seiner Vermählung die herzlichsten Glückwünsche! Der Sonntagstammisch im Thomas Keller.

Unserm lieben Kollegen **Walter Stehfest** nebst seiner lieben Braut zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Zeitz.

Unserm lieben Kollegen **Max Vorfah** und seiner Braut **Frieda Rudolph** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche. Zahlstelle Halle a. S.

Stuttgart. Unserer lieben Kollegin Fräulein **Berta Schick** zur Vermählung mit Herrn **Albert Mühle** die herzlichsten Glückwünsche!
Die organ. Leiterer d. Z. Emil Vandell.

Buchbinderei-Gehilfe gesucht!

Ein in besseren Buchbinderarbeiten und in der Lederbearbeitung gründlich erfahrener Gehilfe wird auf dauernde und lohnende Beschäftigung von einer großen süddeutschen Geschäftsbüchereifabrik per sofort gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und genauen Lohnansprüchen erbeten unter Chiffre **J. Z. 100** an die Expedition dieses Blattes.

Unserm lieben Kollegen **Johann Wirth** nebst seiner Braut Fräulein **Martha Müller** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche!
Zahlstelle Plauen.

Tücht. Etuisarbeiter f. Etalagen sof. gesucht. **W. Raumann, Leuschke** b. Leipzig, Weststr. 16.

Perfekter Etuismacher sofort in dauernde Stellung gesucht. Reise wird zur Hälfte vergütet. Offerten mit Angabe des Alters und bisherigen Stellen an **Gottschalk & Cie., Konstanz, Postfach 76.**

Alt-Gold, Kehrgold, Gummi, Waite usw. kauft zu hohen Preisen, Kasse sofort, **Wilh Thiele, Leipzig-Cutr., Geibelstr. 11.**

Gelegenheitskauf für Buchbindereien

- 1 Universal - Papp - Schreibmaschine, 100 cm Schnittlänge, mit elektrischer Motor-Anlage.
 - 1 Bogen-Falzmaschine, Format 70x98.
 - 1 Bergolde-Press, 30x40 cm Druckfläche mit Gashobel.
 - 1 Schreibmaschine für Handbetrieb und diverse andere kleine Maschinen
- sind sofort billig zu verkaufen. Näheres durch **Richard Eisold, Bücherrevisor, Dresden, Freiburgerstr. 105 II.**

Hierdurch fordern wir den Koll. **Jacob Mattheske** aus Bochum auf, seinen Verpflichtungen b. Zahlstelle Düsseldorf gegenüber nachzukommen und ersuchen wir die örtlichen oder Gauobvollmächtigten, uns ebenf. die Adresse desselben mitzuteilen.
Zahlstelle Düsseldorf.
A. Ernst, Ackerstr. 142 II.

Anton Spindler, Leipzig-Th.

Vorteilhafte Bezugsquelle
In besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung
Sämtliche Ueberzug-u. Vorsatzpapiere
Japanische Neuheiten
Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen
Beste Bedienung! Grosse Musterauswahl!



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig